

LLP 11/1

(Ausgegeben am 25. Juli 1986)

Niedersächsischer Landtag

Stenographischer Bericht

1. Sitzung

Hannover, den 9. Juli 1986

Inhalt:

Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten	1	Gansäuer (CDU)	18
Feststellung der Beschlußfähigkeit durch Namensaufruf	4	<i>Beschluß</i>	19
Mitteilung über die Bildung der Fraktionen	6	Wahl der Vizepräsidenten und der Schriftführer	19
Genehmigung der Tagesordnung	6	Feststellung der Konstituierung des Landtages der 11. Wahlperiode	21
Trittin (Grüne)	6	Mitteilung über den Rücktritt des Ministerpräsidenten	21
Stock (CDU)	7	Wahl des Ministerpräsidenten	21
Schröder (SPD)	7	Dr. Albrecht, Ministerpräsident	22
Hildebrandt (FDP)	7	Bestätigung der Landesregierung	23
Wahl des Landtagspräsidenten	8	Vereidigung der Landesregierung	23
Amtsübernahme durch den gewählten Landtagspräsidenten	9	Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten	25
Geschäftsordnung für den Landtag der 11. Wahlperiode — Drs 11/1 — Änderungsanträge der Fraktion der Grünen — Drs 11/3 und Drs 11/6 — Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP — Drs 11/4 — Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP — Drs 11/5	13	Dr. Albrecht, Ministerpräsident	25
Schröder (SPD)	14	(Ausprache in der 2. Sitzung am 10. Juli 1986)	
Schörshusen (Grüne)	16	Nächste Sitzung	39
Hildebrandt (FDP)	17		

Vom Präsidium:

Präsident Dr. Blanke (CDU)
Vizepräsident Ravens (SPD)
Vizepräsident Warnecke (CDU)
Vizepräsident Bosse (SPD)
Vizepräsident Rehkopf (FDP)

Schriftführer Frau Stoll (CDU)
Schriftführer Brunkhorst (CDU)
Schriftführer Luiken (CDU)
Schriftführer Reinemann (CDU)
Schriftführer Teysen (CDU)
Schriftführerin Frau Auerbach (SPD)
Schriftführerin Frau Lemmermann (SPD)
Schriftführerin Milde (SPD)
Schriftführer Neese (SPD)
Schriftführerin Frau Deppe (Grüne)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Dr. Albrecht (CDU)	Staatssekretär Meyer, Staatskanzlei
Minister des Innern Hasselmann (CDU)	Staatssekretär Dr. Heidemann, Ministerium des Innern
Minister der Finanzen Frau Breuel (CDU)	Staatssekretär Dr. van Scherpenberg, Ministerium der Finanzen
Sozialminister Schnipkoweit (CDU)	Staatssekretär Dr. Freiherr von Richthofen, Sozialministerium
Kultusminister Oschatz (CDU)	Staatssekretär Schaeede, Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Hirche (FDP)	Staatssekretär Prof. Dr. Hellwege, Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Dr. Ritz (CDU)	Staatssekretär Frau Dr. Meseke, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Minister der Justiz Remmers (CDU)	Staatssekretär Rehwinkel, Ministerium der Justiz
Minister für Bundesangelegenheiten Jürgens (FDP)	Staatssekretär Haabengier, Ministerium für Bundesangelegenheiten
Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Cassens (CDU)	Staatssekretär Dr. Börner, Ministerium für Wissenschaft und Kunst
Umweltminister Dr. Remmers (CDU)	

Beginn: 11.01 Uhr.

Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten

Alterspräsident Bruns (Reinhausen):

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ihnen allen entbiete ich hier in unserem Niedersächsischen Landtag ein freundliches Willkommen.

Unser Bundesland Niedersachsen wird in diesem Jahr seinen 40. Geburtstag feiern können. Ich hoffe, daß wir alle, die wir vom Volk in dieses Parlament entsandt wurden, in den nächsten vier Jahren einen Beitrag dazu leisten können, damit unserem Land eine gute Zukunft in einer unbedrohten und wahrhaft friedlichen Welt beschieden ist.

Ich bin Klaus-Peter Bruns, direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises 22 Göttingen-Land. Ich wurde am 28. November 1913 geboren.

Gemäß § 68 der Geschäftsordnung führt der oder die älteste Abgeordnete die erste Sitzung des neu gewählten Landtages bis zur Wahl des Präsidenten. Als Angehöriger des Jahrgangs 1913 bin ich mit großem Abstand das älteste Mitglied dieses Hauses.

Hochverehrte Exzellenzen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Alterspräsident eröffne ich hiermit die erste Parlamentssitzung und begrüße nunmehr auch alle Gäste, die der konstituierenden Sitzung des Landtages beiwohnen.

Vorab habe ich eine für den weiteren Verlauf wesentliche Verfahrensfrage zu klären: Bis zur Entscheidung über eine Geschäftsordnung für den Landtag der 11. Wahlperiode ist unser Verfahren unregelt, soweit nicht die Verfassung Vorschriften enthält. Es hat sich aber für die vor der Entscheidung über die Geschäftsordnung liegenden Punkte der Tagesordnung durch die Praxis ein parlamentarisches Gewohnheitsrecht gebildet, das auch Niederschlag in der Geschäftsordnung des vorigen Landtages gefunden hat. Wenn sich kein Widerspruch ergibt, werden wir für diese Punkte daher die entsprechenden Vorschriften der Geschäftsordnung des Landtages der 10. Wahlperiode anwenden; das sind die §§ 2 und 5 hinsichtlich der Wahl des Präsidenten sowie die §§ 63, 68, 79 und 99. — Ich höre keinen Widerspruch.

Im übrigen gilt Artikel 9 Abs. 2 Satz 1 der Verfassung, wonach der Landtag mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen beschließt, sofern die Verfassung nichts anderes bestimmt.

Es ist notwendig, aus der Mitte des Hauses zwei Abgeordnete aufzurufen, die bis zur Wahl des Präsidiums mit mir gemeinsam den Sitzungsvorstand bilden. Als vorläufige Schriftführer werden vom Alterspräsidenten üblicherweise die jüngste und der jüngste Abgeordnete benannt. Dies sind die Abgeordnete Frau Ursula Langendorf von der Fraktion der Grünen, geboren am 17. Januar 1953, und der Abgeordnete Uwe Schwarz von der Fraktion der SPD, geboren am 30. März 1957. Ich frage beide, ob sie bereit sind, dieses vorläufige Amt zu übernehmen.

(Frau Langendorf [Grüne]: Ja, ich nehme an! — Schwarz [SPD]: Ja!)

Ich höre keinen Widerspruch und bitte Sie, zu meiner rechten und linken Seite am Präsidententisch Platz zu nehmen.

(Die beiden Schriftführer nehmen ihre Plätze am Präsidententisch ein.)

Ich danke beiden Abgeordneten und stelle fest, daß damit der vorläufige Sitzungsvorstand komplett ist.

Ich hoffe auf Ihr Einverständnis, wenn ich, der Tradition dieses Landtages folgend, einige persönliche Gedanken vortrage. Als Ihr ältester Weggefährte habe ich mir die Frage gestellt, ob wir unsere eigenen und unseres Volkes Erfahrungen, ob wir unsere Geschichte im notwendigen Maße auf unsere heutige Politik übertragen. Für diese Frage werden Sie Verständnis haben, wenn ich feststelle, daß ich der einzige und sicherlich letzte Abgeordnete dieses Hauses bin, der vor dem ersten Weltkrieg geboren wurde und somit den Leidens- und Irrweg unseres Volkes in diesem Zeitabschnitt miterlebt und miterlitten hat.

Wer über sieben Jahrzehnte auf dem Buckel hat und die Überlieferungen seiner Eltern und Großeltern hinzuzieht, der kann weit in das vorige Jahrhundert zurückblicken, der weiß aber auch, daß man, die Erfahrungen beachtend, den Blick mutig und weit nach vorne richten muß, wenn man die Zukunft im Interesse kommender Generationen im guten Sinne beeinflussen will.

Um Ihnen dies zu verdeutlichen: Mein Großvater Bruns wurde 1844 im hannoverschen Wendland, im heutigen Kreis Lüchow-Dannenberg, geboren. Er hat mir viel erzählt von den damaligen Lebensbedingungen, Gebräuchen und politischen Gegebenheiten.

Alterspräsident

Keine andere Generation als die meinige hat einen solch radikalen Wandel aller wirtschaftlichen, technischen, gesellschaftlichen und politischen Vorgegebenheiten sowie der Lebens- und Arbeitsbedingungen und Wertmaßstäbe erlebt. Als Beispiel führe ich dafür nur die Landwirtschaft an. Als ich Kind war, lernte ich noch eine nahezu aus dem frühen Mittelalter entwickelte Landwirtschaft kennen, in der noch Sense und Dreschflegel bei der Getreideernte genutzt wurden, während wir heute auf unserem Betrieb einen Mähdrescher mit Elektronik und eine Ballenpresse einsetzen.

Wer noch in Friedenszeiten im deutschen Kaiserreich das Licht der Welt erblickte, der gehört zu den Jahrgängen, die zwei Weltkriege erlebt haben und die im zweiten Weltkrieg an den Fronten und in den Vernichtungslagern dezimiert wurden. Die Jüngeren von Ihnen werden fragen, wie es zu 1933 und 1939 kommen konnte und was das für Menschen waren, die diese Entwicklung zuließen oder gar mittrugen.

Ich spreche für den Jahrgang 1913. Wir und die später Geborenen hatten 1933 noch nicht wählen können. Aber wir hatten als Kinder schon mitbekommen, daß ein Krieg geführt und verloren wurde. Ich selbst sah noch die geschlagenen deutschen Truppen von der Front heimkehren und erfuhr die große, unbeschreibliche Hungersnot bei den Klassenkameraden in der Volksschule. Ein prägendes Erlebnis war leider der Einmarsch und das Verhalten der Besatzungstruppen. Da wurden bei vielen Ressentiments und Nationalismus geweckt oder verstärkt.

Was aber tat die Weimarer Republik, damit junge Menschen den Irrweg des Krieges begriffen und für die neue demokratische Ordnung gewonnen wurden? Obwohl die Narben des Krieges noch brannten, erfuhr man in den Schulen, vor allem in den sogenannten höheren Schulen, kaum etwas von der falschen Politik, die zum Krieg geführt hatte, oder von den Opfern und Leiden der Völker, desto mehr aber von Heldentaten und vom Versailler Schandvertrag, dessen Scharte wieder ausgewetzt werden müsse.

Die Entwicklung der Republik wurde dann entscheidend von der Weltwirtschaftskrise bestimmt. Von Jahr zu Jahr stieg die Zahl der Arbeitslosen, bis sie einen Stand von 6,7 Millionen erreicht hatte. Die damals spärliche Unterstützung der Arbeitslosen reichte zum Leben nicht aus. Die Not war unbeschreiblich.

Der in allzu viele Parteien zersplitterte und in sich verfeindete Reichstag wurde mit den Herausfor-

derungen nicht fertig. Er konnte es auch nicht, weil die Kräfte, die die Republik verachteten und sie von Anfang an beseitigen wollten, immer stärker und radikaler wurden. Nahezu alle großen Parteien hatten ihre militärisch gedrillten Kampfverbände.

Für uns Jugendliche damals hatte diese handlungsunfähige Republik nichts Anziehendes mehr, als wir unseren eigenen Weg suchten mit dem Ziel, eine gerechtere Gesellschaftsordnung zu schaffen und die vorhandene Not in einer gemeinsamen Anstrengung zu bannen.

Was dann aber 1933 und später mit dem Kriegsausbruch 1939 kam, war alles andere als das, was wir uns mit großem Idealismus und Wir-Gefühl zum Ziel gesetzt hatten. Der gute Wille junger Menschen wurde von einem verbrecherischen Regime mißbraucht, und diese jungen Menschen wurden dann sinnlos geopfert. Ich zog 1939 mit einer pommersch-mecklenburgischen Infanteriedivision in den vom Zaune gebrochenen Krieg. Ich könnte Ihnen im einzelnen berichten, wie sich einfache pommersche Grenadiere im Krieg gegen unmenschliche Handlungen zur Wehr setzten. Ich habe diese jungen, lebensfrohen und arbeitsamen Bauern, Landarbeiter und Handwerker aus Pommern noch vor Augen. Die ganze Division kam mit vielen anderen in Stalingrad um; kaum einer kehrte heim.

Es war schon immer so: Die Völker wollen keinen Krieg. Aber sie sind anfällig gegen Manipulation und Irreführung. Die Herrschenden finden immer wieder Gründe, Menschen, die doch leben wollen, in den Krieg und ins Verderben zu führen. Ich frage besorgt: Dürfen wir uns darauf verlassen, daß dies heute wegen des sogenannten Gleichgewichts des Schreckens nicht mehr möglich ist?

Warum habe ich diesen Rückblick vorgetragen? Wir können feststellen, daß wir in der Bundesrepublik mehr als andere Staaten und Völker Konsequenzen aus unserer jüngsten Geschichte gezogen haben. Der Verzicht auf Revanchismus, die Aussöhnung mit Frankreich, der Aufbau der Europäischen Gemeinschaft und die Verträge mit Polen und der Sowjetunion sind Hinweise darauf. Meine Auffassung ist aber, daß wir darüber hinaus Vorreiter sein müßten beim Abbau von Ressentiments und Feindbildern und beim Ausbau einer fruchtbaren Zusammenarbeit im Bereich von Wirtschaft und Umwelt auch mit unseren östlichen Nachbarn.

Wenn wir an unserem bedingungslosen Einstehen für unsere freiheitliche, demokratische Ord-

nung und unserer Freundschaft zu den westlichen Nachbarn keine Zweifel aufkommen lassen, dann brauchen wir weder pro- oder antiamerikanisch noch pro- oder antisowjetisch zu sein, dann können wir unsere Forderungen für Abrüstung und Frieden selbstbewußt und energisch gegenüber beiden Großmächten vertreten.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Schörshusen [Grüne].)

Sind wir uns so sicher, nicht ebenso wie frühere Generationen von Voreingenommenheiten befangen und geneigt zu sein, uns mit den Gegebenheiten abzufinden? Aufgrund der Erfahrungen meiner Generation meine ich: Wir dürfen uns nicht länger abfinden mit der tödlichen Bedrohung unserer Welt durch Vernichtungspotentiale, die aus Mißtrauen und Machtstreben geschaffen wurden.

(Beifall bei der SPD.)

Die Augen von Kindern sind stets fröhlich und erwartungsvoll. Diesen Erwartungen der Kinder der Völker aller Welt müssen wir mit unserer Politik gerecht werden. Politik ist dann in unserer Geschichte richtig eingeordnet, wenn es uns gelingt, unseren Kindern und Enkeln eine heile, unbedrohte Welt zu hinterlassen. Davon sind wir weit entfernt.

Noch eine persönliche Bemerkung: Zur Friedenssicherung und Versöhnung mit den Nachbarländern braucht nicht der Verzicht auf die Wiedervereinigung zu gehören. Wenn wir es schaffen sollten, das Mißtrauen abzubauen und eine umfassende Abrüstung zu erreichen, wenn dann die Grenzen zwischen uns und unseren östlichen Nachbarn ebenso durchlässig und friedlich sein werden wie die zwischen uns und unseren westlichen Nachbarn, dann kann es zu einer Einheit kommen, die niemanden bedroht. Was wäre unser Bekenntnis zu Frieden und Freiheit denn wert, wenn wir nicht folgendes Ziel anstreben würden: ein friedliches Europa, in dem kein Staat und kein Volk sich bedroht zu fühlen braucht und in dem es keine Grenze mehr gibt, an der zwei hochgerüstete Machtblöcke sich gegenüberstehen, die jeder dem anderen einen bewaffneten, alles vernichtenden Überfall zutrauen?

Darf ich noch einmal meinen 1844 geborenen Großvater Bruns anführen? — Als der 22 Jahre alt war, fand der Krieg zwischen Hannover und Preußen statt. Als ich 22 Jahre alt war, galten die Franzosen noch als unsere Erbfeinde. Die damaligen Auffassungen und Kriege muten einen heute unbegreiflich und anachronistisch an. Die heutigen Begründungen für ein angeblich friedens-

sicherndes Gleichgewicht des Schreckens und die Beschaffenheit der Grenze zwischen Ost und West, wie sie sich heute zwischen Niedersachsen und der DDR zeigt, sind aber ebenso anachronistisch.

Meine Lehre aus unserer Geschichte und aus meinem Leben ist, daß wir entscheidend mehr tun und mehr wagen müssen, um Vertrauen zu schaffen und um die Beweggründe für eine solche Grenze aus der Welt zu schaffen. Die Bedrohung der Schöpfung und aller friedliebenden Völker durch die Arsenale der atomaren und chemischen Massenvernichtungsmittel können wir nicht länger hinnehmen. Hier sind wir alle aufgerufen, uns unerbittlich für eine alsbaldige Abrüstung einzusetzen.

(Beifall bei der SPD.)

Nun noch ein paar Sätze zu unserem Landtag. Ich habe eine Bitte an den neuen Präsidenten, an das neue Präsidium und an die Fraktionen: Lassen Sie uns den Ablauf unserer Plenarsitzungen ändern! Wir müssen dies tun um der Glaubwürdigkeit unserer parlamentarischen Demokratie und um des Ansehens unseres Landes willen, um die Effizienz unserer Arbeit zu verbessern, aber auch aus Achtung vor dem Anliegen jedes Abgeordneten dieses Hauses. Tausende und aber Tausende von Bürgern unseres Landes, vor allen Dingen junge Menschen, wohnen unseren Sitzungen bei; sie sind allzuoft vor den Kopf gestoßen angesichts der Disziplinlosigkeit, des Mangels an Aufmerksamkeit und Ernsthaftigkeit und der Art, wie wir miteinander umgehen.

Das Ansehen der Parteien und der Parlamentarier ist nicht so groß, als daß wir es uns leisten könnten, den Bürgern und vor allen Dingen der Jugend unseres Landes weiterhin Sitzungen zuzumuten, die durch eine einem Landesparlament nicht ziemende Unruhe oder durch endlose Monologe gekennzeichnet sind, bei denen keiner, weder Freund noch Gegner, zuhört. Gemeinsam können wir Spielregeln finden, die mehr Effizienz und mehr Disziplin sicherstellen.

Unser Bundespräsident von Weizsäcker hat sich kürzlich im Deutschlandfunk zur jungen Generation geäußert. Er würdigte das Engagement Jugendlicher in der großen Zahl von Bürgerinitiativen und Interessengruppen. Er hält dies für einen großen Unterschied im Vergleich zum Verhalten junger Generationen in vergangenen Jahrzehnten. Kritisch äußerte sich von Weizsäcker zu Mängeln in der Ausbildung, wenn es um Fragen des Funktionierens des Staates, der Verfassung und des Rechts geht. Von Weizsäcker sagte, es

Alterspräsident

werde auch zu wenig getan, um jungen Menschen die Fähigkeit zur Mäßigung und zum Kompromiß einzuüben.

Wenn wir die Jugend zu aktiver Mitarbeit in unserem demokratischen Staatswesen gewinnen wollen, dann müssen wir Parteien und wir Parlamentarier der Jugend ein Beispiel geben von harter, aber sachgerechter und fairer Auseinandersetzung hier und draußen im Land.

(Beifall.)

In Verantwortung für unsere junge Generation und für eine friedliche Zukunft unseres Landes Niedersachsen laßt uns ans Werk gehen.

(Beifall im ganzen Hause.)

Meine Damen und Herren, bevor wir zur Feststellung der Beschlußfähigkeit durch Namensaufruf kommen, habe ich noch eine traurige Pflicht zu erfüllen. Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

In der Nacht zum 7. Juli ist unser Kollege Ewald Dreesmann nach langer, schwerer Krankheit verstorben. Er war seit Beginn der 8. Wahlperiode im Jahre 1974 Abgeordneter des Niedersächsischen Landtages und Mitglied der SPD-Landtagsfraktion. Er hat die ganze Zeit über dem Ausschuß für Haushalt und Finanzen angehört und war in der vergangenen Wahlperiode dessen Vorsitzender. Wir alle haben ihn als einen engagierten, äußerst pflichtbewußten, aufrichtigen und sachlichen Kollegen kennengelernt, der Achtung und Ansehen in allen Fraktionen genoß. — Weil auch ich mich als ein Freund von Ewald Dreesmann betrachte, darf ich noch hinzufügen: Er war ein echter Ostfrieser, ein Arbeitersohn, der mit Land und Leuten verbunden war, persönlich sehr bescheiden, aber doch lebensfroh, wenn er mit seinen Mitmenschen zusammen war. Er war so voller Hoffnung, die heimtückische Krankheit überwunden zu haben — wir waren das mit ihm —, aber es hat nicht so sein sollen. Seinen Wahlkreis 92 Leer-Borkum konnte er noch mit 55,5 % aller Stimmen wiedergewinnen. Nun hat ihn der Herrgott abberufen. Wir trauern um einen verdienten, allzufrüh verstorbenen Kollegen.

Sie haben sich zum Gedenken an Ewald Dreesmann von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen vielmals dafür.

Der Herr Landeswahlleiter hat mitgeteilt, daß als nächster von der SPD-Landesliste Herr Wolfgang Jüttner aus Hannover als Abgeordneter nachgerückt ist.

Wir kommen nun zur

Feststellung der Beschlußfähigkeit durch Namensaufruf

Ich bitte die Abgeordnete Frau Langendorf, die Namen der Abgeordneten des Landtages der 11. Wahlperiode aufzurufen, und ich bitte Sie, meine Damen und Herren, nach dem Aufruf Ihres Namens aufzustehen und mit „hier“ zu antworten. — Ich bitte die Frau Kollegin, mit dem Aufruf zu beginnen.

(Schriftführerin Frau Langendorf verliest die Namen der Abgeordneten:

Adam
 Dr. Ahrens
 Dr. Albrecht
 Aller
 Frau Alm-Merk
 Auditor
 Frau Auerbach
 Augustin
 Backhaus
 Bartels
 Bartling
 Biel
 Dr. Blanke
 Boekhoff
 Bosse
 Brauns
 Frau Breuel
 Briese
 Brunkhorst
 Bruns [Emden]
 Bruns [Reinhausen]
 Dr. Cassens
 Dehn
 Deike
 Frau Deppe
 Dieckhoff
 Döring
 Döscher
 Dorka
 Frau Dr. Dückert
 Engels
 Eveslage
 Feldmann
 Fischer [Göttingen]
 Fischer [Buxtehude]
 Fuchshuber
 Funke
 Gansäuer
 Gellersen
 Dr. Glaser
 Glogowski
 Frau Goede
 Graeber

Graetsch
Grill
Groth
Frau Hammelstein
Frau Hammerbacher-Richter
Dr. Hansen
Haselbacher
Hasselmann
Heineking
Herbst
Frau Heyer
Hildebrandt
Hinrichs
Hirche
Hoffmann
Dr. Holtfort
Hormann
Dr. Hruska
Isernhagen
Jahn
Jansen
Jürgens
Jüttner
Kaiser
Kempmann
Kirschner
Klare
Knemeyer
Frau Knoblich
Köneke
Kohlenbach
Kopischke
Krapp
Küpker
Kuhlmann
Frau Langendorf
Lehnert
Lellek
Frau Lemmermann
Lindhorst
Lüttge
Luiken
Maatmann
Dr. Martens
Menges
Meyer
Mientus
Milde
Mönninghoff
Mühe
Müller
Neese
Oestmann
Oschatz
Ottens
Patzschke

Frau Pistorius
Plaue
Raasch
Radloff
Ravens
Reckmann
Rehkopf
Reinemann
Remmers
Dr. Remmers
Rettig
Dr. Riege
Rippich
Dr. Ritz
Ronsöhr
Saacke
Sandkämper
Schack
Frau Schliepack
Schlotmann
Schmalstieg
Schneider [Salzgitter]
Frau Schneider [Berenbostel]
Dr. Schneller
Schnipkoweit
Schörshusen
Frau Dr. Schole
Frau Schreiner
Schröder
Schultze
Schuricht
Schurreit
Schwarz
Sehrt
Senff
Sikora
Stock
Frau Stoll
Swieter
Frau Tewes
Teysen
Theilen
Thümler
Toborg
Trittin
Vajen
Waike
Wallraff
Freiherr von Wangenheim
Warnecke
Dr. Weber
Weiß
Wernstedt
Frau Wettig-Danielmeier
Wiesensee
Zempel)

Alterspräsident

Meine Damen und Herren, es sind 155 Abgeordnete in den Niedersächsischen Landtag der 11. Wahlperiode gewählt worden. Durch Namensaufruf wurde festgestellt, daß alle 155 Abgeordneten anwesend sind. Der Landtag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Abgeordneten anwesend ist. Das ist der Fall. Ich stelle hiermit die Beschlußfähigkeit des Hauses fest.

Zugleich kann ich dem Hause davon Kenntnis geben, daß wir schon am ersten Tage ein Geburtskind unter uns haben. Der Kollege Werner Rettig von der SPD-Fraktion hat heute Geburtstag. Er wird 44 Jahre jung.

(Beifall.)

Wenn mir bei aller Weisheit eine persönliche Bemerkung erlaubt ist: Als ich als junger Spund in den Landtag kam, wurde ich im selben Jahr schon 50 Jahre alt. So haben sich die Zeiten geändert!

(Heiterkeit.)

Ich wünsche Ihnen, Herr Rettig, im Namen des ganzen Hauses persönliches Glück und eine fruchtbare Landtagsarbeit.

Mitteilung über die Bildung der Fraktionen

Nunmehr kann ich Ihnen mitteilen, daß sich im Landtag der 11. Wahlperiode vier Fraktionen konstituiert haben: die Fraktion der CDU mit 69 Mitgliedern, die Fraktion der SPD mit 66 Mitgliedern, die Fraktion der Grünen mit 11 Mitgliedern und die Fraktion der FDP mit 9 Mitgliedern.

Genehmigung der Tagesordnung

Meine Damen und Herren! Der Präsident des Landtages der 10. Wahlperiode hat im Einvernehmen mit dem Ausschuß gemäß Artikel 12 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung einen Vorschlag für die Tagesordnung des ersten Tagungsabschnittes der 11. Wahlperiode aufgestellt, der Ihnen mit der Einladung zugegangen ist. Diese Tagesordnung liegt Ihnen gedruckt vor. Mir liegen drei Schreiben vor, die Tagesordnung um folgende Punkte zu ergänzen:

Erstens von der Fraktion der Grünen: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes — Drs 11/2

Zweitens von den Fraktionen der CDU und der FDP: Parlamentarische Kontrollkommission —
a) Zahl der Mitglieder und Zusammensetzung,
b) Wahl der Mitglieder

Drittens von der Fraktion der SPD: Einsetzung eines Elften Parlamentarischen Untersuchungsausschusses

Wird dazu das Wort gewünscht? — Es ist inzwischen die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Trittin eingegangen. Ich möchte zuvor darauf hinweisen, daß es sich hier nicht um eine Sachdebatte handelt, sondern daß nur der Antrag zur Ergänzung der Tagesordnung begründet werden kann.

Bitte sehr, Herr Trittin!

Trittin (Grüne):

Herr Alterspräsident! Meine Damen und Herren! Wie eben schon ausgeführt, beantragt die Fraktion der Grünen die Erweiterung der Tagesordnung dieser konstituierenden Sitzung um die erste Beratung des in der Drucksache 11/2 vorgelegten Gesetzentwurfes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes. Es ist hier nicht der Ort und die Zeit — der Herr Alterspräsident hat darauf völlig zu Recht hingewiesen —, über die Inhalte und über Fragen mathematischer Gerechtigkeit und politischer Chancengleichheit zu reden. Ich möchte es auch dahingestellt sein lassen, ob denn nun das eine oder das andere Verfahren der mehrheitsbildenden Funktion gerecht wird oder nicht. Da hat man auch seine Zweifel.

Ich möchte Ihnen nur die Frage stellen, ob es sich dieser Landtag der 11. Wahlperiode bereits in seiner konstituierenden Sitzung leisten kann, jede Möglichkeit — unabhängig von der Richtigkeit der einen oder anderen Entscheidung — einer Korrektur einer möglichen Fehlentscheidung der 10. Wahlperiode durch angeblich objektive Sachzwänge zu verhindern.

Meine Damen und Herren, Sie alle wissen, am 5. Oktober sind Kommunalwahlen. Wenn über diesen Gesetzentwurf in angemessener Form — d. h. unter Durchführung einer ersten Lesung — entschieden werden soll, dann bleibt hierfür nur die heutige Sitzung. Das hieße im übrigen auch, daß die für den September vorgesehene Sitzung — darüber ist allerdings nicht heute zu entscheiden — vorverlegt werden müßte, weil wir diesen Gesetzentwurf — wie wir alle aus den diversen verfassungsrechtlichen Gutachten wissen — verabschiedet haben müssen

(Zuruf von Dehn [SPD])

— die dritte auch, Herr Kollege Dehn —, bevor die Briefwahlmöglichkeit gegeben ist. Deswegen beantrage ich namens der Fraktion der Grünen die Erweiterung der Tagesordnung um diesen Punkt.

Meine Damen und Herren! Unabhängig davon, wie Sie inhaltlich zu einer Novellierung des Kommunalwahlgesetzes stehen, appelliere ich an Sie: Entscheiden Sie diese Frage politisch, indem Sie für oder gegen unseren Gesetzentwurf stimmen. Dies geht aber nur, wenn Sie heute die Bereitschaft zeigen, diesen Entwurf auch politisch zu behandeln. Alles andere, meine Damen und Herren, bedeutet das Abwürgen dieses Gesetzentwurfs durch die kalte Küche. Ich hielte das für einen schlechten Start für diesen neuen Landtag.

(Zustimmung bei den Grünen. — Glogowski [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Alterspräsident Bruns (Reinhausen):

Meine Damen und Herren, jetzt hat sich Herr Abgeordneter Stock zu Wort gemeldet. Ich frage nur, ob Sie sich zum selben Gegenstand äußern wollen. Sonst würde ich, wenn Sie einverstanden sind, die drei Anträge gesondert behandeln lassen. Wollen Sie zu demselben Punkt sprechen?

(Stock [CDU]: Zum selben Punkt!)

Sie haben das Wort, Herr Stock.

Stock (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den Antrag der Grünen, den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes auf die heutige Tagesordnung zu nehmen, lehnen wir ab. CDU und FDP sind sich darüber einig, daß das Kommunalwahlgesetz novelliert werden soll. Insoweit ist für uns die politische Frage entschieden.

Das andere ist — nur darum kann es heute gehen —, daß wir es uns bei diesem Gegenstand natürlich selbst schuldig sind, daß die Materie vernünftig, solide und auch in einem angemessenen zeitlichen Rahmen beraten werden kann. Dies wollen wir miteinander tun.

(Na! bei der SPD.)

Herr Trittin, Sie haben selbst angedeutet, daß bei einer Aufnahme dieses Punktes in die Tagesordnung eine Änderung im geplanten Ablauf der Sitzung notwendig wäre. Das scheint uns der Sache nicht angemessen zu sein.

Da ich hier vorn bin, kann ich gleich sagen, daß wir dem Antrag zustimmen werden, über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu den Vorgängen bei der JVA Celle zu entscheiden. Wir bitten, diesen Gegenstand an den Schluß der Tagesordnung zu setzen und am Donnerstag zu behandeln. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU.)

Alterspräsident Bruns (Reinhausen):

Herr Abgeordneter Schröder!

Schröder (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Trittin, wir sind da entschieden, und wir wissen auch, daß das sinnvollere Verfahren das ist, das es gegenwärtig gibt. Deswegen stehen wir nicht an, eine ganz klare Regelung zu treffen, nämlich die Diskussion über die Veränderung des Kommunalwahlrechts nicht wiederaufzunehmen, die erst in der letzten Legislaturperiode intensivst geführt und mit einem bestimmten Ergebnis beendet worden ist. Ich war damals noch nicht Mitglied des Landtags, aber ich habe mir das sagen lassen, auch von Abgeordneten, die jetzt zu anderen Auffassungen gebracht worden sind. Das gilt allerdings nicht für uns.

(Beifall bei der SPD.)

Unsere Auffassung hat sich nicht geändert. Wir haben das bei den Beratungen in der letzten Sitzungsperiode in unserer Fraktion sehr sorgfältig diskutiert und sehen deshalb keinen Anlaß, eine erneute Diskussion zu führen. Es wäre auch Ihnen sicherlich nicht recht, wenn wir nur, um Ihnen entgegenzukommen, und aus formal-demokratischen Erwägungen der Veränderung der Tagesordnung zustimmen würden. Wir werden das also nicht tun, damit in diesem Punkt Klarheit herrscht.

(Beifall bei der SPD.)

Alterspräsident Bruns (Reinhausen):

Herr Hildebrandt hat sich gemeldet. Ich darf Sie bitten, Herr Hildebrandt!

(Trittin [Grüne]: Aber keinen Eiertanz!)

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Trittin, Sie wissen, daß uns Ihr Antrag von der Sache her sehr entgegenkommt. Dennoch müssen wir Ihnen entgegenhalten, daß wir dieses Verfahren aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht mitmachen können.

(Beifall bei der FDP.)

Wir haben dies vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst prüfen lassen.

(Trittin [Grüne]: Wir auch!)

Hildebrandt

Uns wäre das sehr entgegengekommen. Da wir aber diesen Weg aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht mitmachen können, haben wir auch den zeitlichen Raum, dieses Verfahren in aller Sorgfalt und in der gewohnten parlamentarischen Weise abzuwickeln und dann entsprechend zu entscheiden. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Alterspräsident Bruns (Reinhausen):

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. — Dann kann ich mit Ihrem Einverständnis über den Antrag der Fraktion der Grünen, die Tagesordnung um den Punkt „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes“ zu ergänzen, abstimmen lassen. Wer diesen Antrag ablehnt, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer befürwortet ihn? — Die Mehrheit war für Ablehnung. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Trittin [Grüne]: Das war aber knapp! — Heiterkeit.)

— Herr Trittin, der Sie mich so freundlich „Alterspräsident“ nennen — zu Hause werden wir darüber noch einmal reden —,

(Heiterkeit)

ich glaube, daß diese knappen Mehrheiten hier noch häufiger vorkommen können.

Wir kommen nun zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP, den Punkt „Parlamentarische Kontrollkommission“ auf die Tagesordnung zu setzen, um die Zahl der Mitglieder sowie deren Zusammensetzung zu bestimmen und die Wahl der Mitglieder vorzunehmen. Gibt es hierzu Wortmeldungen? — Das ist nicht der Fall. Dann können wir gleich darüber abstimmen. — Wer dafür ist, daß dieser Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wird, den bitte ich um das Handzeichen. — Ist jemand dagegen? — Das ist, soweit ich sehen konnte, einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zu dem Antrag der SPD-Fraktion, den Punkt „Einsetzung eines Elften Parlamentarischen Untersuchungsausschusses“ auf die Tagesordnung zu setzen. Wird hierzu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann kann ich auch darüber abstimmen lassen, ob der Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Ist jemand dagegen? — Das ist nicht der Fall. Dann ist auch dies einstimmig so beschlossen.

Ich lasse nunmehr über die vorliegende gedruckte Tagesordnung mit den beschlossenen Änderungen insgesamt abstimmen. — Wer für die

Annahme dieser Tagesordnung ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Ist jemand dagegen? — Enthält sich jemand der Stimme? —

(Einige Abgeordnete der Fraktion der Grünen heben zweimal die Hand. — Heiterkeit. — Gansäuer [CDU]: Zweimal gilt nicht! Heute dürfen Sie noch einmal üben!)

Bei einigen Gegenstimmen ist die Tagesordnung angenommen. Die neuen Tagesordnungspunkte werden hinter die gedruckt vorliegenden Tagesordnungspunkte gesetzt und somit am Donnerstag behandelt.

Wir kommen nunmehr zur

Wahl des Landtagspräsidenten

Dafür bitte ich um Aufmerksamkeit.

Nach Artikel 8 Abs. 1 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung wählt der Landtag seinen Präsidenten. Vorschlagsberechtigt ist nach § 5 Abs. 2 Satz 1 der Geschäftsordnung, über deren Anwendung wir uns am Anfang insoweit geeinigt hatten, die stärkste Fraktion dieses Hauses. Das ist die CDU-Fraktion. Sie hat den Abgeordneten Dr. Edzard Blanke schriftlich vorgeschlagen.

Nach § 5 Abs. 3 der Geschäftsordnung sind die Präsidiumsmitglieder grundsätzlich mit Stimmzetteln zu wählen. Wenn kein anwesender Abgeordneter widerspricht, kann aber auch durch Handzeichen gewählt werden. Ich frage, ob jemand der Wahl durch Handzeichen widerspricht. — Das ist nicht der Fall. Dann können wir den Präsidenten durch Handzeichen wählen.

Ich bitte nun diejenigen, die für den Abgeordneten Dr. Blanke als Präsidenten sind, um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Das sind zwei Stimmen, wie ich sehe. Wer enthält sich der Stimme? — Ich stelle fest, daß der Abgeordnete Dr. Blanke mit großer Mehrheit zum Präsidenten dieses Hauses gewählt worden ist.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP.)

Herr Präsident, noch sind Sie meinen Blicken entzogen. — Sehr geehrter Herr Präsident, ich spreche Ihnen zu Ihrer Wahl die Glückwünsche des ganzen Hauses aus. Wir wünschen und hoffen, daß Sie, wie bisher, ein gerechter und ein fürsorglicher Präsident sein werden, der mit glücklicher Hand die Geschicke dieses Hauses leitet und sein Amt zum Wohle unseres Landes wahrnimmt.

Ich möchte Sie nun auch noch persönlich bitten, den Wunsch, den ich schon in meiner Rede vorgetragen habe, mit uns gemeinsam zu erfüllen.

Gestatten Sie mir, in Zukunft — heute früh mußte ich mehr Weisheit aufbringen, als ich normalerweise aufzubringen pflege — wieder etwas leidenschaftlicher zu werden, wenn es um die Sache geht. Ich wünsche Ihnen in Ihrem Amt viel Glück und Gottes Segen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP. — Zuruf.)

— Das ist so mit den Formalitäten: Ich hätte eigentlich fragen müssen, ob er die Wahl annimmt. Aber nach seinem Gesichtsausdruck mußte ich davon ausgehen.

(Heiterkeit.)

Er hat angenommen.

Ich bedanke mich bei den beiden Schriftführern.

(Präsident Dr. Blanke übernimmt den Vorsitz.)

Amtsübernahme durch den gewählten Landtagspräsidenten

Präsident Dr. Blanke:

Herr Alterspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich nach der Wahl zunächst sitzen geblieben bin, anstatt aufzustehen, dann deshalb, weil ich eigentlich noch mit der Frage gerechnet hatte, ob ich die Wahl annehme. Sie haben aber richtig vermutet, daß ich ja sagen würde und die Wahl gewissermaßen konkludent angenommen habe.

Herr Kollege Bruns, zunächst einen herzlichen Dank Ihnen dafür, daß Sie die Sitzung bisher geleitet haben. Sie haben das so gut gemacht und sich so warmgeredet, daß unter meinen Nachbarn schon Sorge auftauchte, ob Sie diesen Platz hier wohl so ganz freiwillig räumen würden.

(Heiterkeit und Beifall.)

Ich danke Ihnen auch besonders dafür, daß Sie aus Ihrer Erfahrung, die ein Alterspräsident naturgemäß mehr als andere hat, einen Blick in die Geschichte getan haben. Gerade die Jüngeren, auch die jüngeren nachrückenden Abgeordneten haben dieses eigene Erleben nicht mehr, und jeder hat seine Folgerungen aus der Geschichte zu ziehen und wird das tun.

Das Hohe Haus hat mich soeben gewissermaßen nach einjähriger Probezeit erneut in das Amt des Präsidenten des Niedersächsischen Landtages gewählt. Ich habe in diesem einen Jahr kennen- und schätzengelernet, welche Bedeutung dieses Amt für die Leitung der Sitzungen dieses Hohen

Hauses, für die Repräsentation des Niedersächsischen Landtages draußen und für die Leitung der Landtagsverwaltung hat. Ich bedanke mich für die Wahl. Der breiten Zustimmung zur Wahl entnehme ich die Zuversicht, daß ich einer weiteren, in dieser Wahlperiode mit sehr knappen Mehrheitsverhältnissen eher noch wichtigeren Aufgabe gerecht werden kann, nämlich als Mittler zwischen Landtag und Landesregierung und als Mittler zwischen den einzelnen Fraktionen in den großen und kleinen Fragen der politischen Tagesarbeit zur Verfügung zu stehen.

Nach diesem Wort des Dankes sage ich meinerseits ein Wort des Gedenkens an Herrn Kollegen Dreesmann. Sie haben bereits seiner gedacht. Herr Kollege Bruns, ich kann nur bestätigen, daß er für die Art, wie er das, was auf ihn zukam, getragen hat und wie er seine Arbeit fortgeführt hat, Vertrauen und Achtung nicht nur bei seinen politischen Freunden, sondern auch bei seinen politischen Gegnern gewonnen hat.

Ich begrüße gewissermaßen stellvertretend für die drei Gewalten unseres Staates auf den für solche Veranstaltungen viel zu wenigen Plätzen in unseren Logen einen meiner Vorgänger im Amt, Herrn Baumgarten,

(Beifall)

Herrn Kubel, Ministerpräsident a. D.,

(Beifall)

und Herrn Dörffler, Präsident des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs.

(Beifall.)

Wir finden uns hier zur konstituierenden Sitzung nach einer Wahl zusammen, der aus den verschiedensten Gründen Bedeutung nicht nur für das Land Niedersachsen, sondern auch für die Bundesrepublik Deutschland beigemessen worden ist. Es ist nicht leicht, nach dem vorangegangenen Wahlkampf zur tagespolitischen Arbeit zurückzukehren, zumal die nächsten Wahlen — im Oktober die Kommunalwahlen, im Januar nächsten Jahres die Bundestagswahlen — am Horizont auftauchen. Vielleicht hilft wenigstens die von allen Beteiligten verdiente Sommerpause, in die wir nach dieser konstituierenden Sitzung eintreten werden, Abstand zu gewinnen und mehr über Grundsatzfragen unserer Politik nachzudenken, als das den führenden Politikern unter dem Zeitdruck der Tagesgeschäfte sonst möglich ist.

Die erste Frage an den Präsidenten des Landtages zu Beginn der Wahlperiode ist, ob und welche Pläne er zur Parlamentsreform hat; Herr Kollege Bruns hat das ja gleich angeschnitten. Seine

Präsident

Kritik kann ich nur unterstreichen. Ich habe mich schon im letzten Jahr bemüht, durch gutes Zureden zu Abänderungen zu kommen. Für die Reform von Vorschriften gibt es zwei Möglichkeiten: Durch öffentliche Ankündigungen Programmdruck erzeugen in der sicheren Erwartung, nur einen Teil verwirklichen zu können, und mit der Gewißheit, Enttäuschung hervorzurufen, oder zunächst einmal abklären, was machbar ist, und diese Dinge dann durchsetzen. Im Hinblick auf die knappe Zeit, über die wir heute morgen verfügen, trifft es sich gut, daß ich letzterem zuneige.

Die Geschäftsordnung des Landtages, die wir verabschieden werden, muß nicht notwendigerweise auf Punkt und Komma für die gesamte Wahlperiode gelten. Nach den Erfahrungen in vorangegangenen Wahlperioden, in denen wir im Geschäftsordnungsausschuß Sitzung für Sitzung hin und her beraten haben, scheint es aber sinnvoller zu sein, in kleinem Kreise informell abzuklären, welche Änderungen überhaupt Aussicht haben, verwirklicht zu werden. Wir haben ja nicht das lupenreine System der Gewaltenteilung, wie es Montesquieu formuliert hat — übrigens wohl in Mißverständnis des von ihm beobachteten britischen Systems. Jedenfalls heute steht nicht mehr das gesamte Parlament der Regierung gegenüber. Anders als etwa in den USA wird die Regierung nicht unmittelbar vom Wähler, sondern von der Parlamentsmehrheit bestellt, so daß sich mehr und mehr Regierung und Parlamentsmehrheit einerseits und Parlamentsminderheit andererseits gegenüberstehen.

Die Erfahrung zeigt: Der größte Reformeifer der Oppositionsabgeordneten bezüglich Geschäftsordnungsfragen wandelt sich auf wundersame Weise, wenn sie sich in der Regierungsmehrheit wiederfinden. Der geeignetste Zeitpunkt für eine Stärkung der Rechte des Parlaments gegenüber der Regierung wäre von daher die Zeit vor der Neuwahl, wenn nämlich keine Gruppierung so ganz sicher sein kann, ob sie sich nach der Wahl in der Regierung oder in der Opposition wiederfindet.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD.)

Dummerweise aber kann der auslaufende Landtag nicht den neuen Landtag verpflichten, haben obendrein die Beteiligten wegen des Wahlkampfes vor Neuwahlen keine Zeit für Geschäftsordnungsüberlegungen für die nächste Wahlperiode.

Einstweilen soviel: Ich lege größten Wert darauf, daß die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages während der Plenarsitzungen mög-

lichst vollzählig zugegen sind. Das ist bei den zwei bis drei Plenartagen pro Monat zumutbar und eher möglich als zum Beispiel im Bundestag.

Ich bleibe auch dabei, daß während der Plenarsitzungen keinerlei andere Sitzungen stattfinden sollten.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP.)

Ich befinde mich damit, jedenfalls für den Niedersächsischen Landtag, im Gegensatz zu dem von mir sehr geschätzten Bundestagspräsidenten Jenninger, wenn dieser wirklich, wie gestern eine hannoversche Zeitung berichtete, für den Bundestag formuliert hat:

„Weil Abgeordnete in vielen Gremien beschäftigt sind, darf es im Plenum auch leer sein.“

Ich bin auch nicht bereit, unbeschene den weiteren Satz hinzunehmen:

„Wer eine vollzählige Präsenz der Abgeordneten erleben will, muß sich in Ländern umschauen, in denen das Parlament nichts zu sagen hat.“

Ich setze dagegen: Aus den vielen Diskussionen mit Bürgern hier im Landtag und draußen wissen wir, daß falsche oder vermeintlich falsche Entscheidungen kritisiert werden. Wir wissen aber auch — ich befinde mich da in voller Übereinstimmung mit dem Herrn Alterspräsidenten —, daß für nichts so wenig Verständnis besteht wie dafür, daß mit dem Vertrauen der Wähler auf Zeit in das Parlament delegierte Abgeordnete an den Sitzungen des Parlaments nicht teilnehmen und damit den Eindruck erwecken, als nähmen sie die Arbeit nicht ernst. Wollen wir das Vertrauen der Bürger in die Parlamente und in die Politiker verbessern, müssen wir bei diesen formal erscheinenden Dingen ansetzen.

Lassen Sie mich einen weiteren Einzelpunkt erwähnen. Gleich in der konstituierenden Sitzung des Landtages haben wir uns ja morgen erneut mit dem Antrag zu befassen, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Ich werde im Kreise der deutschen Parlamentspräsidenten empfehlen, einmal grundsätzlichere Überlegungen darüber anzustellen, ob das heutige System der Untersuchungsausschüsse sinnvoll ist, vor allem in der Kombination mit strafprozessualen Möglichkeiten, angewendet von Politikern, die entweder überhaupt nicht zur Anwendung der Strafprozeßordnung ausgebildet sind oder jedenfalls keine hinreichend praktischen Erfahrungen haben.

Man kann zuweilen den Eindruck haben, daß die Untersuchungsausschüsse immer weniger den Zweck haben, einen Sachverhalt zu ermitteln, immer mehr dazu dienen sollen, den politischen Gegner „hereinzulegen“, vielleicht gar ihn zu einer unkorrekten Aussage zu veranlassen und dann anschließend die politische Auseinandersetzung durch Strafanzeigen zu ersetzen.

(Beifall bei der CDU. — Zustimmung von Hildebrandt [FDP]. — Unruhe bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren, gerade vor dem Hintergrund der Diskussion in den letzten Jahren bis in die letzten Tage hinein möchte ich einige Worte über die Parteien sagen.

Die Deutschen haben lange Zeit ein Unbehagen gegenüber der Existenz politischer Parteien gehabt. Dabei mag ein besonders ausgeprägtes Harmoniebedürfnis mitspielen, möglicherweise zu Beginn dieses Jahrhunderts auch ein Wort Wilhelms II. — den unser Herr Alterspräsident ja noch in der Regierung erlebt hat —, gegen den manches einzuwenden ist, der aber eine Begabung für einprägsame Formulierungen hatte und der zu Beginn des ersten Weltkrieges sagte:

„Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“

Aus der Situation heraus war der Satz verständlich und richtig. Aber hat er nicht in die Weimarer Republik nachgewirkt als Bestätigung von höchster Stelle, daß Parteien teilen, dem Gemeininteresse entgegenstehen?

Mitgewirkt hat weiter die Erfahrung des einzelnen mit der Einheitspartei des Dritten Reichs, Instrument der Diktatur mit ihren schrecklichen Folgen. Wer sich dieser Einheitspartei, ob gut- oder bösgläubig, angeschlossen hatte oder wer von außen zugesehen hatte, konnte zu dem Ergebnis kommen, daß er sich nicht erneut durch Parteimitgliedschaft mißbrauchen lassen wolle.

Ich erinnere mich noch an die Abschiedsansprache, die Bundespräsident Theodor Heuss 1959 vor dem Bundestag gehalten hat. Er hob kritisch hervor, daß eine große Zahl der Briefe, die an ihn gerichtet gewesen seien, mit der Versicherung begonnen habe, der Schreiber gehöre keiner politischen Partei an.

Eine funktionierende Demokratie, die sich nicht in schönen Reden einzelner erschöpfen will, sondern auch zu politischem Handeln in Kontinuität kommen will, braucht die politischen Parteien zur Vorformung politischen Willens für eine Gesamtpolitik, die dann auch dem einzelnen

Bürger Alternativen für die Wahlentscheidung bietet. Mir scheint, daß die nachwachsenden Generationen das zunehmend verstanden haben.

Wir sollten den Bürgern sagen: Eine Partei kann nur so gut sein wie ihre Mitglieder, die das Programm diskutieren und beschließen und ihre Führungskräfte wählen, die sich wiederum um das Mandat der Wähler bemühen, um die gemeinsam gefundene Politik durchzusetzen. Die Bürger sollten die Parteien nicht als etwas Fremdes betrachten; sie sollten eher nach der Maxime handeln: Kritik ist überzeugender, wenn man bereit ist, in einer der demokratischen Parteien mitzuarbeiten.

Das Ansehen der Parteien ist nicht immer gut. Es hat insbesondere gelitten unter der Spendendiskussion der letzten Jahre. Die Parteien haben Anlaß, selbstkritisch nachzudenken. Auch hier sollten wir jedoch, so schwer das ist, unterscheiden zwischen den Parteien und etwa nicht korrektem Verhalten ihrer Mitglieder.

Wer Parteien bejaht — ohne Parteien ist keine politische Führung, keine stabile Demokratie möglich —, sollte sich auch dazu bekennen, daß Parteien sich nicht nur aus Mitgliedsbeiträgen und öffentlichen Mitteln finanzieren können, sondern auch auf Spenden angewiesen sind. Die Grenze verläuft dort, wo solche Spenden nicht legal eingenommen werden oder als Gegenleistung für eine Spende ein bestimmtes politisches Verhalten verlangt oder gar zugesagt wird.

Wir als Vertreter von Parteien, wir als Parlamentarier sehen uns zunehmend der Frage ausgesetzt, ob die Parteien nicht die Vorformung der politischen Willensbildung, wie das Grundgesetz sie ihnen zuweist, monopolisieren, ob die repräsentative Demokratie in dieser Form noch zeitgemäß ist, ob den Bürgern nicht mehr unmittelbare Mitwirkungsrechte durch eine direkte Demokratie oder jedenfalls die Möglichkeit eines Volksentscheides eingeräumt werden sollte.

(Zustimmung von den Grünen.)

Wir sollten die Frage ernst nehmen. Wir sollten aber auch die Gefahren sehen, die in der Emotionalisierung der Entscheidungsfindung liegen, in der Gefahr der Demagogie, in der Gefahr, daß die zu entscheidenden Fragen zu kompliziert sind, um vom einzelnen Bürger mit hinreichender Sachkenntnis entschieden zu werden, daß schließlich wegen geringer Beteiligung Minderheiten entscheiden könnten. Wer die häufigen Volksentscheidungen in der Schweiz beobachtet, stellt fest, daß eine Stimmbeteiligung von 18 % der Berechtigten keine Seltenheit ist und 30 % Beteiligung kaum überschritten wird.

Präsident

Wir sehen uns weiter der Frage ausgesetzt, ob die Demokratie als Mehrheitsherrschaft zeitgerecht ist. Bereits unser Grundgesetz kennt einen ausgeprägten Schutz der grundsätzlichen Wertentscheidungen, der Minderheitenrechte. Wer generell anzweifelt, daß die Mehrheit das Recht hat, Entscheidungen auch mit Wirkung für die Zukunft zu treffen, muß sehen: Er billigt der Minderheit das Entscheidungsrecht darüber zu, daß nichts geschieht.

Demokratie ist Herrschaft auf Zeit, verbunden also mit der periodisch wiederholten Rechtfertigung vor dem Wähler. Daraus ergeben sich Probleme für eine langfristige Planung in Grundfragen unserer Existenz. Der Politiker, der ständig auf nächste Wahlen blickt, ist in der Versuchung, Grundsatzentscheidungen, die Mut erfordern und Kritik riskieren, zurückzustellen und die Probleme zu verdrängen. Wir müssen damit leben. Die Demokratie ist nach einer Formulierung von Churchill die schlechteste Staatsform, ausgenommen alle anderen.

Ein Ausweg ist nicht die Abschaffung der Wahlen, sondern die Erkenntnis der Politiker, daß auch in der Demokratie Führung gefragt ist und vom Wähler anerkannt wird: Politik nicht als Reflex von Meinungsumfragen, sondern Politik als Führung nach erkennbaren und vom Wähler nachvollziehbaren Grundsätzen. Dann wird die Meinungsumfrage Reflex von Politik.

Wir dürfen schließlich eine Gefahr für die Demokratie gerade in unserer Bundesrepublik Deutschland nicht verkennen, die darin besteht, daß nur von Grundrechten, nicht von Grundpflichten die Rede ist. Das freiheitliche Gemeinwesen ist darauf angewiesen, daß seine Bürger von ihrer grundrechtlichen Freiheit einen sinnvollen Gebrauch machen. Der Philosoph Romano Guardini hat formuliert: „Freiheit ist ebenso Pflicht wie Recht.“ Es handelt sich überwiegend um ethische Grundpflichten, deren Verdrängung auf Dauer zur Gefährdung der Freiheit führt.

Lassen Sie mich zitieren, was der Verfassungsrechtler Isensee bitter über die sich ausbreitende Anspruchsmentalität wie folgt formuliert hat:

„Der schlaraffenländischen Vision des Bürgerstatus entspricht die Staatsverheißung der Angebots- und Gefälligkeitsdemokratie. Soweit Rechtspolitiker darauf ausgehen, den Bürger zu stärkerer Integration in das politische Gemeinwesen zu bewegen, bieten sie noch mehr Staatsminimierung, noch mehr Demokratisierung, noch mehr soziale Teilhaberechte . . . Die staatspsychologische

Verdrängung der Pflichten führt zunehmend zur Desintegration. Ein Staat, der nichts kostet, hat auch keinen Integrationswert . . . Pflichten, auf denen der Staat des Grundgesetzes realiter bestehen muß, von der Gehorsamspflicht bis zur Friedenspflicht, erscheinen in populärer Rhetorik als Relikte aus einer überwundenen Ära der Untertanenschaft und des Obrigkeitsstaates. Eine neue, überaus bequeme Verfassungsmoral macht sich breit: daß die Haltung des Verweigerns und des Forderns die schlechthin höhere und aufgeklärtere Form des Bürgerdaseins sei als das Ethos der Loyalität, der Verfassungstreue, des Gehorsams und des Dienens. Die ethischen Voraussetzungen der Regierbarkeit des demokratischen Gemeinwesens drohen zu zerfallen. Der grundgesetzliche Staat erscheint seinen offenen und seinen sublimen Verweigerern wie eine fremde Eroberer- und Kolonialmacht, zu der man — rechtsstaatlich — auf Distanz geht, die man — sozialstaatlich — ausbeutet und auf die man — demokratisch-partizipatorisch — Einfluß nimmt, aber der zu dienen ehrenrührig ist.“

Sie werden nicht alle mit dieser bitteren Kritik übereinstimmen. Ich meine aber, sie müßte für jeden Anlaß sein nachzudenken.

(Beifall bei der CDU.)

Gerade wir Politiker dürfen vor der Entwicklung nicht resignieren. Werden wir uns der Gefährdung unseres freiheitlichen Gemeinwesens bewußt, ist das der erste Schritt dazu, gegen die Gefährdungen anzugehen. Das heißt zunächst, das Bewußtsein bei uns, den Politikern, und bei den Mitbürgern zu wecken. Das heißt für Politiker, nicht allzusehr den Wünschen oder vermeintlichen Wünschen des Wählers ohne Sicht auf die Gefährdung des Ganzen nachzugeben.

(Zuruf von den Grünen: Eine parteiische Rede!)

Lassen Sie mich ein abschließendes Wort zu einer Diskussion sagen, die sich gerade in den letzten Tagen und Wochen angebahnt hat, über die Befugnisse der Länder im Verhältnis zum Bund, soweit es um die Übertragung von Aufgaben auf die Europäische Gemeinschaft geht. Anlaß war die sogenannte Europäische Akte, die 1985 in Luxemburg abgeschlossen und 1986 in den Gesetzgebungsorganen des Bundes diskutiert worden ist. Der Bundesrat hat in seiner begleitenden Entschließung auf die Problematik hingewiesen und eine Verbesserung der innerstaatlichen

Mitwirkungsmöglichkeit beim Willensbildungsprozeß der Europäischen Gemeinschaften für dringend erforderlich erklärt.

Der Bund nimmt in Anspruch, über Artikel 24 des Grundgesetzes auch in Bereichen, die er innerstaatlich nur mit Zustimmung des Bundesrates regeln kann, ohne ausreichende Mitwirkung der Länder Befugnisse auf die Europäische Gemeinschaft abzugeben. Wir als Landesparlament müssen zusätzlich berücksichtigen, daß selbst eine Beteiligung des Bundesrats nur eine Beteiligung der Landesregierungen bedeuten würde, die Landtage selbst aber in solchen Fragen ausgeschaltet blieben, obwohl ihre Gesetzgebungskompetenz berührt sein kann. Einerseits dürfen Meinungs- und Entscheidungsfindung der Europäischen Gemeinschaft — ohnehin schwerfällig genug — nicht zusätzlich allzusehr erschwert werden. Andererseits müssen auch die Landesparlamente in ihren eigenen Zuständigkeitsbereichen angemessen berücksichtigt werden.

Der Öffentlichkeit ist noch nicht recht deutlich geworden, in welchem Umfang bereits Befugnisse auf die Europäischen Gemeinschaften übergegangen sind, und zwar ohne ausreichende parlamentarische Kontrolle. Auf lange Sicht kann die Sicherung unseres bundesstaatlichen Gefüges wohl nur erreicht werden, wenn die Organstruktur der Europäischen Gemeinschaft geändert wird. Erhält die Gemeinschaft als eine Art dritter staatlicher Ebene immer weiterreichende Kompetenzen, wären wohl Überlegungen mit folgender Zielrichtung anzustellen:

- echte Mitwirkung des Europäischen Parlaments an der Rechtsetzung der EG,
- Umbildung des Ministerrats zu einer Zweiten Kammer, in der neben den zentralen Staatsorganen auch die Bundesländer bzw. Regionen — soweit sie innerstaatlich vorhanden sind — mitwirken können und die zusammen mit dem Europäischen Parlament das Recht der EG setze, wogegen die Europäische Kommission als Europaregierung das Recht der Gesetzesinitiative und das Verordnungsrecht hat.

Ein langer Weg!

Wenn die Länder und vor allem die Landesparlamente hier jedoch nicht aufmerksam sind und ständig mahnen, riskieren sie, weitere Befugnisse zu verlieren, auf die sie dann nicht einmal mehr die beschränkten Einflußmöglichkeiten über die eigene Landesregierung und den Bundesrat haben.

Erste Voraussetzung ist, daß nicht nur wir uns als Parlament, sondern auch die politischen Parteien sich mehr mit Europafragen befassen. Ich selbst habe die Absicht, die Kontakte zwischen den Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages und den niedersächsischen Abgeordneten im Europäischen Parlament und im Europarat zu intensivieren. Ich kann das den Fraktionen ebenfalls nur empfehlen. Über Lösungsmöglichkeiten nachzudenken setzt voraus, Probleme zu erkennen und sich sachkundig zu machen.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir werden im Anschluß an die folgenden Wahlen der Vizepräsidenten und der Beisitzer des Präsidiums den Ministerpräsidenten wählen und die von ihm vorgestellte Landesregierung bestätigen.

(Zuruf von den Grünen: Die Ministerpräsidentin!)

Mein Wunsch für die kommende Wahlperiode ist, daß diese Regierung Erfolg hat dabei, die Lebensverhältnisse für unser Land Niedersachsen und seine Bürger zu verbessern, daß die Regierungsmehrheit hier im Parlament die Regierung in diesem Bemühen unterstützt, dabei aber nicht vergißt, daß sie als Teil des Gesamtparlaments eine Kontrollfunktion hat, daß schließlich die Opposition die Regierung und die Regierungsmehrheit durch konstruktive Alternativen zwingt, ihre Politik laufend zu verbessern, oder daß sie — auf gut deutsch gesagt — der Regierung und der Regierungsmehrheit Beine macht und sich damit dem Wähler für die nächste Wahl als Entscheidungsalternative anbietet.

Ich wünsche dem Hohen Hause für die Arbeit der kommenden Wahlperiode Gottes Segen und bitte um Ihrer aller guten Willen. — Ich bedanke mich für Ihr geduldiges Zuhören.

(Lebhafter Beifall.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

Geschäftsordnung für den Landtag der 11. Wahlperiode — Drs 11/1 — Änderungsanträge der Fraktion der Grünen — Drs 11/3 und Drs 11/6 — Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP — Drs 11/4 — Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP — Drs 11/5

Als Beratungsgrundlage ist die Landtagsdrucksache 11/1 — Entwurf einer Geschäftsordnung für den Niedersächsischen Landtag der 11. Wahlperiode — verteilt worden. Dieser Entwurf entspricht wörtlich der Geschäftsordnung des Land-

Präsident

tags der 10. Wahlperiode. Dazu liegen folgende Änderungsanträge vor: Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/3, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD — Drs 11/4, Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP — Drs 11/5 — und schließlich Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/6.

Das Wort hat der Abgeordnete Schröder erbeten. Bitte schön!

Schröder (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will eine Bemerkung zur Geschäftsordnung im allgemeinen und eine Bemerkung zu einem der vorliegenden Änderungsanträge machen. Zunächst die Bemerkung zur Geschäftsordnung im allgemeinen.

Herr Präsident, Sie haben darauf hingewiesen, daß die Geschäftsordnung unter Umständen revisionsbedürftig sei. Ich vertrete diese Auffassung ganz entschieden, und zwar insbesondere in den Punkten, die die Aktualisierung der Debatten, die dafür vorgesehenen Fristen, aber auch die dafür vorgesehenen Formen betreffen. Ich denke z. B. daran, daß wir es uns alle miteinander ermöglichen sollten, aktueller zu debattieren. Das bedeutet, daß die Aktuelle Stunde in diesem Landesparlament belebt werden muß.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vielleicht besteht die Möglichkeit, darüber im Geschäftsausschuß — unter Umständen auch im Ältestenrat — zu reden. Ich will insoweit Ihre Anregung aufnehmen.

Ich will noch einen anderen Aspekt nennen, den Sie selbst auch schon angesprochen haben. Wir haben im Niedersächsischen Landtag das Problem, daß Untersuchungsausschüsse zwar Zeugen laden können — auch die Minderheit kann das —, daß es aber unverkennbar Vollstreckungsprobleme gibt. Ich wäre sehr dankbar, wenn man dieses Problem — ohne daß man immer gleich zum Bundesverfassungsgericht gehen muß — einvernehmlich würde lösen können. Es macht ja keinen Sinn, einen Untersuchungsausschuß zur — wie Sie selbst gesagt haben — Ermittlung der Wahrheit einzusetzen, diesem das Recht einzuräumen, bestimmte Zeugen zu laden, und ihm dann, wenn die Zeugen nicht erscheinen wollen, die Möglichkeit zu nehmen, die Ladung auch zu vollstrecken.

Ein weiterer Aspekt, den Sie genannt haben und den ich ein bißchen anders bewerte, als Sie das getan haben — das will ich schon jetzt sagen —, ist die Frage: Wie untersucht eigentlich ein sol-

cher Ausschuß? Wenn er nicht nur ein schartiges Schwert zur Hand nehmen will, kann er überhaupt nicht darauf verzichten, auf die Möglichkeiten der Strafprozeßordnung zurückzugreifen. Ich bin auch strikt dagegen, im Rahmen einer Geschäftsordnungsdebatte Regelungen einzuführen, die so klingen könnten, als wolle man die Verpflichtung zur Wahrheit vor Untersuchungsausschüssen, verknüpft mit Sanktionen für den Fall, daß diese Verpflichtung nicht eingehalten wird, auch nur in etwa relativieren. Ich warne sehr vor solchen Versuchen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den Grünen.)

Schließlich, um ein Letztes zur Geschäftsordnung zu sagen: Mir kommt es sehr darauf an, Untersuchungen auch in anderer Form als durch Untersuchungsausschüsse durchführen zu können, z. B. in der Form einer Enquete-Kommission. Dies empfiehlt sich auch deshalb — das ist eine ganz praktische Frage —, weil man für den Fall, daß man dieses Instrument nicht zur Verfügung hat, allzuleicht geneigt ist, den Umweg über einen Untersuchungsausschuß zu gehen, was der Funktion des Untersuchungsausschusses aber nicht entspricht. Ich wäre dankbar, wenn wir in den kommenden Beratungen, und zwar möglichst bald — ich denke dabei an die zweite, spätestens aber an die dritte Sitzungswoche —, über eine Ergänzung der jetzt zu beschließenden Geschäftsordnung insoweit würden reden können.

Herr Präsident, Sie haben völlig zu Recht darauf hingewiesen, daß es auch um die Legitimation der parlamentarischen Demokratie geht. Wenn man sie aber im Bewußtsein der Bürger stärker verankern will, dann ist damit zwangsläufig verbunden, daß das, was hier geschieht — im Inhalt sowieso, aber auch in der Form —, für das Publikum nachvollziehbarer und interessanter werden muß. Dem werden die Änderungsanträge, die wir in der gebührenden Form einbringen werden, dienen. Ich kündige das an, um bei den anderen Fraktionen vielleicht schon gleich um Zustimmung, zumindest aber um Diskussionsbereitschaft zu werben.

Jetzt aber zu einem der konkreten Anträge. Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist guter parlamentarischer Brauch, daß sich die Fraktionen in ihrer jeweiligen Stärke im Präsidium eines Parlaments repräsentiert sehen. Ich habe dem Landtag bisher nicht angehört, und ich habe das Parlamentspräsidium in der letzten Legislaturperiode so verstanden, daß es genau diesem Grundsatz entspricht: Der Präsident wird von der stärksten Fraktion gestellt — ordentlicher Brauch —,

die stärkste Fraktion stellt ebenfalls einen Vizepräsidenten, und zwei Vizepräsidenten werden von der zweitstärksten Fraktion gestellt.

(Küpker [FDP]: Sie können ja einen abgeben!)

— Moment. — Damit war — so habe ich die Repräsentation verstanden — der Landtag entsprechend den Stärkeverhältnissen der Fraktionen repräsentiert. — Eine ordentliche Angelegenheit, die für mich bis auf einen Punkt, auf den ich gleich noch kommen werde, nachvollziehbar ist.

Worauf ich zunächst hinweisen möchte, ist, daß jedenfalls für meine Fraktion überhaupt kein Anlaß besteht, zumal wir ja bekanntlich nicht schwächer, sondern ordentlich stärker geworden sind — schwächer sind andere geworden, wenn ich das richtig deute —,

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den Grünen)

auf die Repräsentation entsprechend den geänderten Stärkeverhältnissen im Landtagspräsidium zu verzichten.

Es gibt jetzt zwei demokratisch saubere Lösungen. Die eine ist: Wir machen folgende Regelung: Präsident, Vizepräsident — stärkste Fraktion; zwei Vizepräsidenten — zweitstärkste Fraktion; jeweils ein Vizepräsident für die beiden kleineren Fraktionen. Das wäre eine Form, über die ich mit mir reden ließe. Leider liegt ein entsprechender Antrag nicht vor; jedenfalls habe ich keinen gesehen.

(Zurufe von der CDU.)

— Es ist ja nicht meine Aufgabe, den einzubringen.

(Zuruf von Hildebrandt [FDP].)

— Hören Sie bitte zu! Ich bin ja mit der Repräsentanz meiner Fraktion im Parlamentspräsidium durchaus zufrieden. Wenn da jemand etwas ändern will, dann soll er entsprechende Anträge vorlegen.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU.)

— Ich komme gleich zu Ihnen; warten Sie ab! — Wenn die Anträge den von mir genannten Prinzipien entsprechen, dann werden wir ihnen natürlich zustimmen. Der Antrag, den Sie vorgelegt haben, widerspricht allerdings den von mir genannten Prinzipien. Was Sie machen wollen, ist nämlich nicht gleich starke Repräsentanz der beiden großen Fraktionen und keine Repräsentanz der beiden kleineren Fraktionen, sondern das ist gleich starke Repräsentanz der beiden gro-

ßen Fraktionen sowie Repräsentanz der kleinsten Fraktion und keine Repräsentanz der drittstärksten Fraktion. Das ist der Inhalt Ihres Antrages.

(Beifall bei der SPD.)

Dafür kann es bekanntlich kaum sachliche Gründe geben. Ich sehe jedenfalls keine nachvollziehbaren;

(Zuruf von Weiß [CDU])

denn dieses Parlament ist nicht stärker, sondern schwächer geworden. Fünf Abgeordnete fehlen, wenn ich das richtig sehe.

(Oestmann [CDU]: 15! — Weitere Zurufe von der CDU.)

Wenn dieses Parlament also schwächer und nicht stärker geworden ist, dann, so denke ich, gibt es überhaupt keinen sachlichen Grund, die Repräsentanz der Fraktionen im Präsidium in der von Ihnen vorgeschlagenen Weise zu verändern. Ich kenne nur einen Grund bzw. vermute einen Grund.

(Hildebrandt [FDP]: Jetzt kommt es!)

Sie wollen dem Partner Ihrer Zählgemeinschaft einen Vizepräsidentenposten geben, damit Sie seiner bei anschließenden Wahlen sicher sein können.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Dies, meine Damen und Herren, hat aber mit parlamentarischem Brauch, mit demokratischer Repräsentanz überhaupt nichts zu tun,

(Beifall bei der SPD)

sondern ausschließlich damit, daß Sie einen Posten verschieben müssen, um Koalitionstreue sicherzustellen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich muß vermuten, daß entgegen dem, was wir über Integrität des Staates soeben gehört haben und von Ihnen in Sonntagsreden immer hören,

(Zuruf von der CDU)

mit dieser Regelung Staat und staatliche Ämter zur Beute gemacht werden sollen. Das geht nicht.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Entweder Sie weisen einen nachvollziehbaren sachlichen Grund nach — es gibt allerdings keinen —, oder aber wir werden diesen Änderungsantrag, der die Einführung eines weiteren Vizepräsidentenpostens mit den entsprechenden Folgen betrifft, ablehnen. Dies kann ich jedenfalls für meine Fraktion erklären.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Präsident

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Kollege Schröder, gestatten Sie mir eine Zwischenbemerkung. Ob das Parlament schwächer geworden ist — ich hoffe, daß das nicht der Fall ist —, wird die laufende Wahlperiode zeigen.

(Schröder [SPD]: Zahlenmäßig!)

— Zahlenmäßig sind es sogar 16 Abgeordnete.

(Jahn [CDU]: Das weiß er doch nicht! —
Hildebrandt [FDP]: Er bekommt 100 Tage!)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Schörshusen.

Schörshusen (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei dieser Debatte geht es um die Änderung der Geschäftsordnung.

(Oestmann [CDU]: Denk mal an!)

Wir haben eine ganze Reihe von Vorstellungen dafür entwickelt, wie wir die Geschäftsordnung langfristig verändern wollen. Wir wollen allerdings nicht schon heute in der konstituierenden Sitzung den Berg von Anträgen auftürmen, sondern uns auf zwei Anträge beschränken, die in der heutigen Sitzung allerdings von Bedeutung sind.

Mit unseren Änderungsanträgen verfolgen wir zwei Ziele. Das erste Ziel ist — Herr Schröder hat es eben schon etwas verklausuliert angesprochen —, daß jede Fraktion ein Vorschlagsrecht für einen Vizepräsidenten bzw. für eine Vizepräsidentin bekommt. Auch wir sind der Auffassung, daß wir zusätzlich zum Landtagspräsidenten noch vier statt drei Vizepräsidenten brauchen. Des weiteren meinen wir, daß wir statt 13 nur noch zwölf Schriftführer benötigen. Von daher unterstützen wir auch nicht den Antrag der CDU, die Zahl der Schriftführer auf zehn zu verringern. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt, den wir gerne vorher geklärt hätten, weil wir heute ja auch noch die Ausschussbesetzung klären müssen, ist, wie stark die Ausschüsse gegenüber dem bisherigen Verfahren reduziert werden sollen. Wir sind der Auffassung, daß auch die Ausschüsse für öffentliches Dienstrecht, Häfen und Schifffahrt und Geschäftsordnung und insbesondere der neue Ausschuß für Gleichberechtigung und Frauenfragen 15 Mitglieder und nicht, wie von den anderen Fraktionen vorgeschlagen, teilweise 13 oder — wie im Falle des Ausschusses für Frauenfragen — nur neun Mitglieder haben sollen.

Nun zur Frage der Vizepräsidentenwahl. Herr Schröder, wir sind der Auffassung, daß es hier nicht darum gehen kann, das Prinzip der Stärke zum Ausdruck zu bringen. Das ist gerade im Zusammenhang mit dem Präsidium das falsche Prinzip. Hier sollten andere Prinzipien eine Rolle spielen. Ich möchte einige nennen. Sie haben schon eines genannt. Das ist die Repräsentation. Das Präsidium, insbesondere das engere Präsidium, bestehend aus dem Landtagspräsidenten und den Vizepräsidenten, hat die Aufgabe, den gesamten Landtag zu repräsentieren. Sinnvoller wäre es daher — das ist auch Ziel unseres Antrages —, allen vorhandenen Fraktionen ein Vorschlagsrecht für dieses engere Präsidium zu gewähren. Zweitens hat ein Präsidium natürlich auch die Aufgabe, überparteilich zu sein. Insbesondere Herr Trittin und ich haben aufgrund unserer Erfahrungen in der Vergangenheit deutlich gemacht, daß wir zumindest bei dem jetzt amtierenden Landtagspräsidenten manchmal Probleme hatten, daß er diese Überparteilichkeit auch garantierte.

(Oestmann [CDU]: Die Probleme waren aber mehr bei euch als bei ihm!)

Auch von daher wäre es ein gutes Argument zu sagen, alle Fraktionen sind im engeren Präsidium vertreten. Dann gäbe es die Möglichkeit verbesserter Konsensfähigkeit. Es gäbe die Möglichkeit, ein wichtiges Prinzip der Demokratie zu realisieren, nämlich den Schutz von Minderheiten, was sonst im Präsidium nicht gewährleistet wäre. Es bestünde eher die Möglichkeit, daß die Verhandlungen in Zukunft auch gegenüber den kleineren Fraktionen fair geführt werden. Das geht natürlich nur bei gleichberechtigter Vertretung.

Nun ein Punkt, der überhaupt noch nicht diskutiert wurde. Wir sind der Auffassung, daß auch im engeren Präsidium Frauen vertreten sein sollten. Bisher gibt es keinen Vorschlag, daß eine Frau Vizepräsidentin werden soll. Falls unser Antrag durchkommt, würde unsere Fraktion vorschlagen, Lore Deppe zu benennen. Es würde dem Landtag gar nicht einmal so schlecht anstehen, sich in bestimmten Situationen von einer Frau leiten zu lassen.

(Beifall bei den Grünen.)

Nun zum zweiten Antrag, die Ausschüsse betreffend. Es ist uns überhaupt nicht klar, warum die SPD jetzt zusammen mit der CDU und der FDP einen Antrag einreicht, der für den neuen Frauenausschuß nur neun Mitglieder vorsieht. Wir müssen zubilligen, daß es heute überhaupt dazu kommt, daß wir einen Ausschuß für Gleich-

berechtigung und Frauenfragen bekommen. Das ist eine gute Sache. Dieser Ausschuß ist historisch schon längst überfällig. Das muß man auch honorieren. Daß dieser Ausschuß aber im Verhältnis zu allen anderen Ausschüssen an Wertigkeit zu wünschen übrig lassen soll, daß er nämlich nur mit neun Mitgliedern besetzt werden soll, hat uns zu denken gegeben.

(Zurufe von der CDU.)

— Jetzt kommen wir genau zu dem Punkt. Wir haben uns Gedanken darüber gemacht, wie das kommt. Da gibt es doch nur einen Grund: Das hängt damit zusammen, daß es FDP und CDU trotz vieler Versprechungen in der Öffentlichkeit nicht geschafft haben, den Anteil der Frauen unter den Abgeordneten erheblich zu erhöhen. Unter den 78 Mitgliedern der CDU/FDP-Koalition gibt es nur fünf Frauen.

(Zuruf von Herbst [CDU].)

— Genau das ist der Punkt. Einen Antrag, den Ausschuß für Frauenfragen nur mit Frauen zu besetzen, würden wir unterstützen. Wir hätten auch einen entsprechenden Antrag eingebracht, wenn es realistisch wäre, ihn zu verwirklichen. Wenn man den Frauenausschuß nur mit Frauen besetzen würde, zumindest was die ständigen Mitglieder anbetrifft, dann ergäbe sich natürlich die Zahl neun aus der Tatsache, daß Sie maximal fünf Frauen haben.

(Stock [CDU]: Wie wollen Sie denn damit mit der Gleichberechtigung klarkommen?
— Weitere Zurufe von der CDU.)

— Wenn es um die anderen Geschäftsordnungsanträge geht, machen wir hierzu noch eine Aussprache. Dann wird sich hierzu von unserer Seite auch noch eine Frau äußern. Ich äußere mich zunächst einmal zu den Anträgen, die wir selber gestellt haben, um sie zu begründen. Die Frage ist doch, daß Sie noch nicht einmal bei einem Neunerausschuß garantieren können, daß nur Frauen dort sitzen, weil Birgit Breuel als Ministerin — — —

(Herbst [CDU]: Gleichberechtigung auch für Männer! — Zuruf von Jahn [CDU]. — Weitere Zurufe von der CDU.)

— Gehen Sie bitte nachher einmal darauf ein, ob Sie das Prinzip teilen würden, daß nur Frauen im Frauenausschuß sitzen sollen.

(Jahn [CDU]: Nein! — Schröder [SPD]: Schrecklich!)

— Diese Auffassung teilen Sie also nicht. Wenn das so ist, dann ist es mir unerklärlich — und das

sage ich gerade an die Adresse der SPD gerichtet —, wieso Sie auf einen Neunerausschuß kommen. Deswegen meinen wir, daß wir unseren Antrag zu Recht einbringen, daß der Frauenausschuß an Wertigkeit nicht den anderen Ausschüssen nachrangig zugeordnet werden darf und daß der Frauenausschuß auch mindestens 15 Mitglieder bekommen muß. Das ist das Ziel unseres Antrags. Wir meinen, daß man den Frauenausschuß nicht geringer werten sollte als zum Beispiel den Ausschuß für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler.

Ich bitte daher darum, daß Sie sich diese Argumente zu eigen machen. Es würde auch in der Öffentlichkeit sehr schlecht aussehen, wenn unter allen Ausschüssen einer — von dem wir meinen, daß es ein sehr wichtiger Ausschuß ist — nur mit neun Mitgliedern besetzt wäre. Ich glaube, daß Sie dafür kein Argument werden vorbringen können. Ich bin gespannt, welche Argumente Sie in der jetzigen Diskussion bringen werden, um diesen Neunerausschuß zu rechtfertigen. — Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat der Abgeordnete Hildebrandt.

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Schröder hat unter anderem den Satz formuliert, der Staat und die staatlichen Ämter dürften nicht Beute werden.

(Beifall bei der SPD.)

Diesen Satz unterstreiche ich sehr, Herr Schröder. Aber daß diese Forderung aus Ihrem Mund und aus Ihrer Partei erhoben wird, ist wirklich überraschend. Denn gerade mit Ihrer Partei ist doch der Begriff der Ämterpatronage viel stärker verbunden als mit allen anderen Parteien.

(Beifall bei der CDU. — Lachen bei und Zurufe von der SPD.)

Herr Schröder, Sie sind heute morgen auch in der Kirche gewesen. Ich möchte Ihnen aus der Lesung einen Satz des Galaterbriefs, Kapitel 6, zitieren:

„Jeder prüfe sich selbst. Dann wird er sich nur im Blick auf sein eigenes Tun rühmen können, nicht aber im Vergleich mit anderen.“

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Hildebrandt

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Grundsatz würden natürlich auch wir es begrüßen, wenn die Grünen in die Repräsentation des Landtags eingebunden wären. Das ist keine Frage.

(Zurufe von der SPD und von den Grünen.)

Die Zählgemeinschaft trägt ihren Teil dazu bei, daß eine kleinere Fraktion mit eingebunden ist.

(Zurufe von der SPD und von den Grünen.)

Herr Schröder hat für die SPD im ganzen Land verkündet: Uns fehlt nur noch eine Stimme. — Das heißt, Sie binden die Grünen in Ihre Art von Zählgemeinschaft ein.

(Zustimmung bei der CDU.)

Deswegen würde ich Ihnen vorschlagen, treten Sie einen Vizepräsidentensitz an die Grünen ab. Dann haben wir dieses Problem überhaupt nicht.

(Beifall bei der CDU. — Schröder [SPD]: Sie reden nicht zur Sache! — Weitere Zurufe.)

Dann können wir auch alle Parteien einbinden.

Aber die Probleme liegen woanders. Die liegen darin, daß Sie innerhalb Ihrer Fraktion die Dinge nicht regeln können, weil Sie sich nicht entscheiden können, welchen Sitz Sie dann abtreten würden. — Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Wernstedt [SPD]: Das war wohl nichts!)

Präsident Dr. Blanke:

Das Wort hat der Abgeordnete Gansäuer.

Gansäuer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte die Hoffnung, daß wir bei dieser Sitzung den Versuch machen würden, gemeinsam etwas sachlicher über die Runden zu kommen. Aber der Beitrag des Kollegen von der Fraktion der Grünen veranlaßt mich doch, auf ein Vorkommnis hinzuweisen. Herr Kollege Schörshusen, es hat in der vergangenen Legislaturperiode eine Situation gegeben, in der ich gewollt hätte, Ihre Fraktion hätte einen Vizepräsidenten gestellt, nämlich als wir Ihren Fraktionskollegen unter Gewaltanwendung aus dem Saal tragen mußten. Ich hätte gern gesehen, wie sich ein Ihrer Fraktion angehörender Vizepräsident in dieser Situation verhalten hätte.

(Zustimmung bei der CDU. — Trittin [Grüne]: Gemäß der Geschäftsordnung vermutlich!)

Das heißt mit anderen Worten, Ihr politischer Anspruch, im Sitzungsvorstand repräsentiert zu sein, richtet sich auch danach, ob Sie die parlamentarischen Spielregeln in diesem Hause einhalten oder nicht.

(Beifall bei der CDU. — Trittin [Grüne]: Herr Gansäuer, das muß ich mir doch wohl von Ihnen nicht sagen lassen! — Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Es geht doch wohl darum, das Wählervotum zu respektieren!)

Meine Damen und Herren! Meine zweite Bemerkung möchte ich an Herrn Schröder richten. Das darf ich wohl sagen, nachdem er in seinen Ausführungen zweimal mit dem Hinweis auf die Koalition und auf das, was wir uns wechselseitig versprochen und zugesagt haben, einen Schlenker gemacht hat.

(Trittin [Grüne]: Zählgemeinschaft!)

Herr Schröder, was Sozialdemokraten anderen und hier insbesondere Grünen zu versprechen und zuzusagen bereit sind, hat uns Herr Börner in Hessen vorgemacht. Und Sie hätten es nicht anders gemacht.

(Beifall bei der CDU. — Zustimmung bei der FDP.)

Ich kann nur sagen, dieses Land ist bei dem, was die Koalition vereinbart hat, gut weggekommen. Das wird sich auch in den nächsten vier Jahren erweisen.

(Beifall bei der CDU. — Schröder [SPD]: Ist das die Regierungserklärung? — Weitere Zurufe von der SPD.)

Eine dritte Bemerkung. Sie haben gesagt, es entspreche gutem parlamentarischem Brauch, daß die Mehrheitsverhältnisse auch im Präsidium sichtbar würden, Herr Schröder. Das mag so sein. Nur, Sie wissen — oder Sie wissen es nicht —, daß die Bundesländer sehr unterschiedliche Regelungen haben, zumal in Hessen, wo sich die Mehrheitsverhältnisse auch nicht im Präsidium widerspiegeln. Sie haben sich ja mit den Problemen der Länder, insbesondere Niedersachsens, noch nicht so sonderlich befaßt. Das hat man ja auch an Ihrer Einlassung hier gemerkt.

(Beifall bei der CDU.)

Insofern sehen wir Ihnen das nach. Sie sind ja noch so etwas Ähnliches wie ein landespolitischer Azubi.

(Beifall bei der CDU. — Unruhe bei und Zurufe von der SPD.)

Meine Damen und Herren, Tatsache ist, daß die Zählgemeinschaft einen Anspruch auf den Präsidenten und — wenn man vier Vizepräsidenten zugrunde legt — auf drei dieser Positionen hat. Die CDU bekommt davon zwei, und gemäß der Absprache mit der FDP bekommt diese einen. Das ist überhaupt nichts Besonderes. Gucken Sie sich die Regelungen in anderen Bundesländern an. Ich meine, Herr Schröder, was wir in der Zählgemeinschaft tun, das müssen Sie gefälligst der FDP und der CDU überlassen. — Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Auditor [SPD]: Unglaublich dummes Zeug!)

Präsident Dr. Blanke:

Meine Damen und Herren, ich glaube, die unterschiedlichen Argumente sind deutlich geworden.

(Zuruf von der SPD: Das letzte war kein Argument!)

Wir kommen zu den Abstimmungen, wobei in der Reihenfolge der Paragraphen der Geschäftsordnung, zu denen Änderungsanträge vorliegen, abgestimmt wird.

Das ist zunächst der § 3 der Geschäftsordnung. Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP in der Drucksache 5 vor. — Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Das ist so angenommen.

§ 5 der Geschäftsordnung. Hier lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 3 abstimmen. — Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenprobe! — Der Antrag ist abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drucksache 4 abstimmen. — Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Das ist so angenommen. Sie beide hier oben brauchen die Hand nicht zu heben; das wird unterstellt.

Wir kommen dann zu § 10 der Geschäftsordnung. Hierzu hat die Fraktion der Grünen ihren Änderungsantrag in der Drucksache 3 mit dem Hinweis auf den Antrag in der Drucksache 6 zurückgezogen.

Ich lasse über den noch vorliegenden Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP in der Drucksache 5 abstimmen. — Wer

zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Das ist so angenommen.

Wir kommen nun zu § 11 der Geschäftsordnung. Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 6 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. — Wer möchte zustimmen? — Wer lehnt ab? — Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen nun zum Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP in der Drucksache 5. — Wer stimmt zu? — Gegenprobe! — Das ist so angenommen.

Wir kommen zu § 13. Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP ebenfalls in der Drucksache 5 vor. — Ich bitte wiederum diejenigen, die zustimmen möchten, um das Handzeichen. — Danke schön. Das ist so angenommen.

Ich lasse jetzt über die so veränderte Drucksache 11/1 — Geschäftsordnung für den Landtag der 11. Wahlperiode — im ganzen abstimmen. — Wer die veränderte Drucksache 11/1 annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Das ist so angenommen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt aufgrund der nunmehr angenommenen Geschäftsordnung zum nächsten Tagesordnungspunkt:

Wahl der Vizepräsidenten und der Schriftführer

Nach Artikel 8 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung wählt der Landtag neben dem Präsidenten auch dessen Stellvertreter und die Schriftführer.

Wir kommen zunächst zur Wahl der Vizepräsidenten. Nach § 5 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind vier Vizepräsidenten zu wählen, die von den Fraktionen vorzuschlagen sind, auf die die zweite bis fünfte Höchstzahl entfällt. Die Fraktionen der CDU und der FDP haben hinsichtlich des Vorschlagsrechts für die Wahl der Vizepräsidenten und der Schriftführer wie im übrigen auch für die Bildung der Ausschüsse eine Zählgemeinschaft gebildet. Somit sind zwei Vizepräsidenten von der Zählgemeinschaft der CDU- und der FDP-Fraktion und zwei Vizepräsidenten von der SPD-Fraktion vorzuschlagen. Ich bitte um Vorschläge. — Wenn ich recht sehe, werden vorgeschlagen von der SPD-Fraktion die Abgeordneten Ravens und Bosse, von der Zählgemeinschaft der CDU-

Präsident

und der FDP-Fraktion die Abgeordneten Warnecke und Rehkopf. Ist das so richtig?

(Stock [CDU]: So ist es!)

— Danke schön.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Vorschläge. Wenn — wie bei der Präsidentenwahl — kein Widerspruch erhoben wird, können die vier Vizepräsidenten in einem Wahlgang und durch Handzeichen gewählt werden. — Ich sehe keinen Widerspruch.

Wer der Wahl der genannten vier Abgeordneten, der Kollegen Ravens, Warnecke, Bosse und Rehkopf, zu Vizepräsidenten zustimmen will bzw. wer sie wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Ich stelle fest, daß die genannten vier Kollegen mit großer Mehrheit zu Vizepräsidenten des Landtages gewählt worden sind,

(Beifall)

und frage sie, ob sie bereit sind, das Amt des Landtagsvizepräsidenten anzunehmen.

Zunächst Herr Kollege Ravens!

(Ravens [SPD]: Ich danke für die Wahl und nehme die Wahl an!)

— Danke. — Herr Kollege Warnecke!

(Warnecke [CDU]: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

— Danke. — Herr Kollege Bosse!

(Bosse [SPD]: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an! — Beifall bei der SPD.)

— Danke. — Herr Kollege Rehkopf!

(Rehkopf [FDP]: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an! — Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

— Danke schön. — Ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Wahl und hoffe auf gute Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren! Als nächstes sind nach der Geschäftsordnung zehn Schriftführer zu wählen. Das Vorschlagsrecht ergibt sich aus § 5 Abs. 2 der Geschäftsordnung. Die Fraktionen haben folgende Vorschläge eingereicht: die Zählgemeinschaft der CDU- und der FDP-Fraktion die Abgeordneten Brunkhorst, Luiken, Reinemann, Frau Stoll und Teyssen, die SPD-Fraktion die Abgeordneten Frau Auerbach, Frau Lemmermann, Milde und Neese und die Fraktion der Grünen die Abgeordnete Frau Deppe.

Ich halte das Haus damit für einverstanden, daß wir auch die zehn Schriftführer gemeinsam durch

Handzeichen wählen. Ich sehe keinen Widerspruch und bitte um das Handzeichen derjenigen, die die genannten zehn Kollegen zu Schriftführern wählen möchten.

(Frau Deppe [Grüne]: Und Kolleginnen!)

— Ja, danke. Die Kolleginnen sind einbegriffen. Demnächst wird es der Gleichstellungsausschuß richten, daß der Präsident da keine Fehler macht.

(Heiterkeit. — Zurufe.)

Ich frage die genannten Kollegen und Kolleginnen, wobei ich gern mit den Kolleginnen anfangen, wenn Ihnen das Freude macht, ob sie die Wahl annehmen.

Zunächst Frau Kollegin Stoll!

(Frau Stoll [CDU]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Frau Kollegin Auerbach?

(Frau Auerbach [SPD]: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Frau Kollegin Lemmermann?

(Frau Lemmermann [SPD]: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Frau Kollegin Deppe?

(Frau Deppe [Grüne]: Zur Schriftführerin ja, zum Schriftführer nein! — Heiterkeit.)

— Ich bitte um eine klare Erklärung. Nehmen Sie die Wahl an?

(Frau Deppe [Grüne]: Ich habe gesagt: Ja!)

— Gut, danke. — Dann frage ich die Kollegen Brunkhorst,

(Brunkhorst [CDU]: Ja!)

Luiken,

(Luiken [CDU]: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Reinemann,

(Reinemann [CDU]: Jawohl, ich nehme die Wahl an!)

Teyssen,

(Teyssen [CDU]: Ich nehme die Wahl an!)

Milde

(Milde [SPD]: Ich nehme die Wahl an!)

und den Kollegen Neese.

(Neese [SPD]: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

— Danke schön. Damit sind Sie gewählt. Ich beglückwünsche auch Sie zu Ihrer Wahl und

stelle fest, daß das Präsidium nunmehr vollständig gewählt ist.

Ich bedanke mich bei den beiden jüngsten Schriftführern des Hauses für die verantwortungsvolle Arbeit, die sie bisher geleistet haben, und bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen.

(Beifall.)

Ich bitte die gewählten Schriftführer Frau Stoll und Herrn Neese, hier oben Platz zu nehmen, damit sie mit mir den Sitzungsvorstand bilden.

(Die Schriftführer Frau Stoll und Neese nehmen ihre Plätze ein.)

Feststellung der Konstituierung des Landtages der 11. Wahlperiode

Nach der Beschlußfassung über die Geschäftsordnung und nach der Wahl des Präsidiums stelle ich nunmehr fest, daß sich der Landtag der 11. Wahlperiode konstituiert hat.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt:

Mitteilung über den Rücktritt des Ministerpräsidenten

Zunächst habe ich eine Mitteilung zu machen. Nach Artikel 24 Abs. 2 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung tritt der Ministerpräsident zurück, sobald ein neugewählter Landtag zusammentritt. Es ist folgendes Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten an den Präsidenten des Niedersächsischen Landtages unter dem 9. Juli 1986 eingegangen:

„Sehr geehrter Herr Präsident!

Gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung erkläre ich meinen Rücktritt.

Mit dem Ausdruck ...

Dr. Albrecht“

Bevor wir zur Neubildung der Regierung kommen, möchte ich dem Herrn Ministerpräsidenten und seiner Landesregierung für die in der vergangenen Wahlperiode geleistete Arbeit den Dank des Hauses aussprechen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei Teilen der FDP.)

Wir kommen dann zur Regierungsbildung und beginnen mit der

Wahl des Ministerpräsidenten

Artikel 20 Abs. 1 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung lautet:

„Der Ministerpräsident wird vom Landtage mit der Mehrheit der Abgeordneten ohne Aussprache in geheimer Abstimmung gewählt.“

Ich bitte um Vorschläge für die Wahl des Ministerpräsidenten. — Wir sind davon ausgegangen und haben entsprechende Stimmzettel vorbereitet, daß die CDU-Fraktion den Abgeordneten Dr. Albrecht, die SPD-Fraktion den Abgeordneten Schröder und die Fraktion der Grünen Frau Garbe vorschlägt. Ist das so richtig?

(Zurufe: Ja!)

Weitere Vorschläge liegen nicht vor.

Gewählt wird mit Stimmzetteln.

(Unruhe.)

— Ich darf um Ruhe bitten. — Die Abgeordneten werden durch den Schriftführer, Herrn Kollegen Neese, aufgerufen. Ich bitte die aufgerufenen Abgeordneten, dann einzeln nach vorn zu kommen. Auf der rechten Seite des Präsidiums erhalten Sie Ihren Stimmzettel mit Umschlag. Gehen Sie dann bitte einzeln zur Wahlkabine. Nach Ihrer Abstimmungsentscheidung in der Wahlkabine bitte ich Sie, den Stimmzettel in den Umschlag zu stecken und in die Wahlurnen zu werfen.

Ich halte das Haus für einverstanden damit, daß ich Frau Kollegin Deppe — unterstützt durch einen Beamten der Landtagsverwaltung — damit beauftrage, jeweils den Stimmzettel mit Umschlag auszugeben und die Wählerliste zu führen, daß ich Herrn Kollegen Brunkhorst bitte, Aufsicht darüber zu führen, daß immer nur ein Abgeordneter in die Wahlkabine geht, und daß ich den Schriftführer Kollegen Milde — ebenfalls unterstützt durch einen Beamten der Landtagsverwaltung — bitte, bei den Wahlurnen Aufsicht zu führen und die Namenskontrolle vorzunehmen.

(Unruhe.)

— Ich darf um Ruhe bitten.

Bei dieser Gelegenheit darf ich alle Abgeordneten im Interesse der Erleichterung des Auszählens der abgegebenen Stimmen darum bitten, darauf zu achten, daß das Kreuz auf dem Stimmzettel korrekt angebracht wird, so daß keine Zweifel über die Gültigkeit der abgegebenen Stimme entstehen können. Wer den Stimmzettel beschädigt, verändert oder mit Zusätzen oder anderen Kennzeichen versieht, macht ihn ungültig. — Darauf will ich pflichtgemäß hinweisen. Ich bitte daher auch, nur die in der Wahlkabine bereitliegenden Kugelschreiber zur Stimmabgabe zu benutzen.

Präsident

Für die Dauer der Wahlhandlung bitte ich alle Personen, die nicht Abgeordnete sind — einschließlich der Journalisten und Kamerateams —, den Plenarsaal zu verlassen. Ausgenommen sind die Staatssekretäre und die anwesenden Mitarbeiter der Landtagsverwaltung.

Die Abgeordneten bitte ich, bis zum Aufruf ihres Namens auf ihren Plätzen sitzen zu bleiben sowie nach Abgabe ihrer Stimme gleich wieder Platz zu nehmen und nicht nach draußen zu strömen. Ich appelliere mit dem Alterspräsidenten an Ihre Disziplin. Unnötiges Hinauslaufen und Herumstehen stören den Wahlablauf erheblich.

Ich bitte nun die drei genannten Schriftführer, ihr Amt zu übernehmen. Den Kollegen Milde bitte ich, sich davon zu überzeugen, daß die beiden Wahlurnen leer sind.

(Milde [SPD]: Herr Präsident, die Wahlurnen sind leer!)

— Danke schön. Der Kollege Milde bestätigt, daß die Wahlurnen leer sind.

Ich bitte nunmehr, die Abgeordneten namentlich aufzurufen. Wir werden schon immer etwas auf Vorrat aufrufen, damit zügig abgestimmt wird. — Bitte schön, Herr Kollege Neese.

(Namensaufruf.)

Ich bitte die am Wahlverfahren beteiligten Schriftführer, nun zu wählen. Anschließend wählt der Sitzungsvorstand.

Meine Damen und Herren! Ich frage, ob noch ein Abgeordneter im Saal ist, der nicht gewählt hat. — Das scheint nicht der Fall zu sein, da die Wahlkommission schon abzieht. — Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Wahl.

Das Wahlergebnis wird in Kürze bekanntgegeben. Ich werde die Sitzung für zehn Minuten unterbrechen, bitte aber alle Abgeordneten, auf den Plätzen zu bleiben. In dieser Zeit werden die am Wahlvorgang beteiligten Schriftführer, Frau Deppe, Herr Brunkhorst, Herr Milde, sowie die vier Vizepräsidenten, die gleich arbeiten müssen, die Stimmen auszählen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 13.40 Uhr.

Wiederbeginn: 13.54 Uhr.

Präsident Dr. Blanke:

Meine Damen und Herren! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Nach der mir vorliegenden Wahlniederschrift hat die Wahl folgendes Ergebnis:

Es sind 155 Stimmzettel abgegeben worden. Keine Stimme ist ungültig. Von den gültigen Stimmen entfallen auf den Abgeordneten Dr. Albrecht 78 Stimmen.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Es entfallen auf den Abgeordneten Schröder 66 Stimmen

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD) und auf Frau Garbe 11 Stimmen.

(Beifall bei den Grünen.)

Gemäß Artikel 20 Abs. 1 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung wird der Ministerpräsident vom Landtag mit der Mehrheit der Abgeordneten gewählt, das heißt, bei der gesetzlichen Zahl von 155 Abgeordneten mit mindestens 78 Stimmen. Damit ist der Abgeordnete Dr. Albrecht zum Niedersächsischen Ministerpräsidenten gewählt worden.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich frage Sie, Herr Abgeordneter Dr. Albrecht, ob Sie die Wahl annehmen.

(Ministerpräsident Dr. Albrecht: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an. — Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

— Danke schön. Damit sind Sie Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, ein für Sie nicht ganz neues Amt. Ich beglückwünsche Sie und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit Glück und Erfolg.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident, ob Sie in der Lage sind, dem Landtag jetzt Ihr Kabinett vorzustellen.

Dr. Albrecht, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem mich das Hohe Haus zum Ministerpräsidenten gewählt hat, berufe ich gemäß Artikel 20 Abs. 2 Satz 1 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung zu Mitgliedern der Landesregierung

Herrn Wilfried Hasselmann als Minister des Innern,
Frau Birgit Breuel als Ministerin der Finanzen,
Herrn Hermann Schnipkoweit als Sozialminister,
Herrn Georg-Berndt Oschatz als Kultusminister,
Herrn Walter Hirche als Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr,

Herrn Dr. Burkhard Ritz als Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,
Herrn Walter Remmers als Minister der Justiz,
Herrn Heinrich Jürgens als Minister für Bundesangelegenheiten,
Herrn Dr. Johann-Tönjes Cassens als Minister für Wissenschaft und Kunst,
Herrn Dr. Werner Remmers als Umweltminister.

Ich bitte das Hohe Haus, die Landesregierung gemäß Artikel 20 Abs. 3 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung zu bestätigen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke, Herr Ministerpräsident.

Bestätigung der Landesregierung

Nach Artikel 20 Abs. 3 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung bedarf die Landesregierung zur Amtsübernahme der Bestätigung durch den Landtag. Ich lasse jetzt über diese Bestätigung abstimmen. Wer der Landesregierung in der Besetzung, wie sie der Herr Ministerpräsident soeben mitgeteilt hat, die nach der Verfassung erforderliche Bestätigung erteilen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Ich danke Ihnen. Die Bestätigung der Landesregierung ist damit erteilt. Ich beglückwünsche auch die Mitglieder der Landesregierung, die der Herr Ministerpräsident eben benannt hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich wünsche natürlich auch Ihnen Glück und Erfolg bei Ihrer Arbeit.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Das Landtagspräsidium bittet die Anwesenden in etwa 15 Minuten zu einem Empfang zunächst in den Repräsentationssaal und dann in die Wandelhalle des Landtages.

Wir setzen die Sitzung um 15 Uhr entsprechend der Tagesordnung mit der Vereidigung der neuen Landesregierung und der Abgabe der Regierungserklärung durch den Herrn Ministerpräsidenten fort.

Unterbrechung: 14.01 Uhr.

Wiederbeginn: 15.08 Uhr.

Präsident Dr. Blanke:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder. Wir kommen zur

Vereidigung der Landesregierung

Nach Artikel 22 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung haben der Ministerpräsident und die Minister vor dem Landtag ein Bekenntnis abzulegen und einen Eid zu leisten. Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten, Frau Minister Breuel und die Herren Minister, vorzutreten. Ich bitte alle Anwesenden, sich zu erheben.

Herr Ministerpräsident! Frau Minister! Meine Herren Minister! Das Bekenntnis und der Eid sind von jedem von Ihnen einzeln abzulegen. Ich bitte Sie, die Bekenntnis- und Eidesformel zu sprechen. — Herr Ministerpräsident Dr. Albrecht.

Dr. Albrecht, Ministerpräsident:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Blanke:

Der Minister des Innern, Herr Hasselmann.

Hasselmann, Minister des Innern:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Blanke:

Der Minister der Finanzen, Frau Breuel.

Frau Breuel, Minister der Finanzen:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen

Frau Breuel

Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Blanke:

Der Sozialminister, Herr Schnipkoweit.

Schnipkoweit, Sozialminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Blanke:

Der Kultusminister, Herr Oschatz.

Oschatz, Kultusminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Blanke:

Der Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Herr Hirche.

Hirche, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Blanke:

Der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Herr Dr. Ritz.

Dr. Ritz, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Blanke:

Der Minister der Justiz, Herr Remmers.

Remmers, Minister der Justiz:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Blanke:

Der Minister für Bundesangelegenheiten, Herr Jürgens.

Jürgens, Minister für Bundesangelegenheiten:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Blanke:

Der Minister für Wissenschaft und Kunst, Herr Dr. Cassens.

Dr. Cassens, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Blanke:

Der Umweltminister, Herr Dr. Remmers.

Dr. Remmers, Umweltminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. Damit ist die neue Landesregierung verfassungsmäßig gebildet. Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen. Sie haben ja eben schon probegessen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Dr. Albrecht, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist das zweite Mal in meiner Amtszeit, daß CDU und FDP eine Koalitionsregierung gebildet haben. Wie sich in den Koalitionsverhandlungen gezeigt hat, fällt uns dies nicht schwer. Das Maß gemeinsamer Überzeugungen ist groß. Beide Parteien gehen vom Leitbild des eigenverantwortlichen Menschen und vom Subsidiaritätsprinzip aus, d. h. von dem Grundsatz, daß der Staat nur dort eingreifen sollte, wo der einzelne oder die gesellschaftlichen Kräfte überfordert sind oder aber wo das Gemeinwohl dies gebietet.

Der Wahlkampf hat die unterschiedlichen Positionen der Sozialdemokraten und der Grünen einerseits und der Christlichen Demokraten und der Freien Demokraten andererseits deutlich gemacht.

(Wernstedt [SPD]: Geschichtsklitterung im zweiten Satz! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Die Mehrheit der Wähler hat sich bewußt dafür entschieden, daß eine Koalition aus CDU und FDP die Regierung dieses Landes stellen soll, und sie hat damit deutlich gemacht, daß sie kein rot-grünes Bündnis will.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Sie hat ebenso deutlich gemacht, daß die SPD nie eine Chance besessen hat, allein die Regierungsverantwortung zu übernehmen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Zugleich haben die Wähler der Absicht der SPD, über den Bundesrat eine Gegengewichtspolitik zur Bundesregierung zu entwickeln, eine Absage erteilt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Die CDU/FDP-Koalition wird sachbezogen und konstruktiv an der Gesetzgebung des Bundes mitwirken und dabei die Interessen Niedersachsens wirksam vertreten.

Es liegt in der Natur von Koalitionen, daß auch Kompromisse geschlossen werden müssen.

(Zuruf von der SPD: Faule!)

Ein solcher Kompromiß ist die beabsichtigte Änderung des Landeswahlrechts und des Kommunalwahlrechts

(Lachen bei der SPD)

sowie die Änderung verschiedener kommunalrechtlicher Regelungen.

(Zustimmung bei der FDP.)

Auch in der personellen Zusammensetzung der Regierung hat es Veränderungen gegeben. Ich bedauere es, daß Herr Dr. Möcklinghoff dieser Landesregierung nicht mehr angehört.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Acht Jahre lang hat er Niedersachsen als Innenminister gedient.

(Zuruf: Sie Heuchler!)

Der Schutz und die innere Stärkung des Rechtsstaats waren und sind ihm Herzenssache. Er hat vom ersten bis zum letzten Tag mein volles Vertrauen besessen. Für sein engagiertes und sach-

Dr. Albrecht

kundiges Wirken zum Wohle unseres Landes möchte ich ihm heute ganz besonders herzlich danken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ein ebenso herzliches Wort des Dankes möchte ich an Gerhard Glup richten. 19 Jahre lang war er Abgeordneter des Wahlkreises Cloppenburg im Niedersächsischen Landtag. Seit 1976 hat er überdies als Minister die Verantwortung für die Agrarpolitik getragen. Sein strukturpolitisches Konzept, Höfe zu schaffen, die für eine Familie tatsächlich eine tragfähige Existenzgrundlage bilden,

(Lachen bei der SPD und bei den Grünen)

halte ich nach wie vor für richtig.

(Beifall bei der CDU.)

Auch die Opposition wird dem Engagement und der Geradlinigkeit dieses Mannes Anerkennung zollen.

(Beifall bei der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen jetzt nicht ein bis ins einzelne gehendes, umfangreiches Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre vortragen.

(Zuruf von der SPD: Ihr habt doch noch keins!)

Vielmehr möchte ich mich darauf beschränken, die politischen Grundpositionen und die Schwerpunkte unseres Regierungsprogramms darzulegen.

Wir leben in einer Zeit, die von grundlegenden Veränderungen geprägt ist.

(Bruns [Emden][SPD]: Sehr richtig!)

Die zurückliegenden 70er und die erste Hälfte der 80er Jahre haben eine rasante technologische Entwicklung mit sich gebracht, die unsere Gesellschaft vor größte wirtschaftliche und soziale Herausforderungen stellt. Ich nenne nur die Stichworte: mikroelektronische Revolution, Automatisierung, neue Informations- und Kommunikationstechnologien, neue Werkstoffe sowie Biotechnologie und Gentechnologie.

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Und die Kernkraft!)

Wir befinden uns mitten in einem Prozeß des wirtschaftlichen, technischen und sozialen Wandels,

(Oh! bei der SPD)

der weit in die 90er Jahre hineinreichen und für die Arbeit und soziale Umwelt der Menschen

Auswirkungen haben wird, die von vielen auch heute noch unterschätzt werden.

In der Industrie sind Handarbeit und Muskelkraft immer weniger gefragt. Elektronisch gesteuerte Maschinen haben hier die Stelle des Menschen eingenommen.

(Zempel [SPD]: Ganz was Neues!)

Millionen Arbeitsplätze gingen verloren und werden auch weiterhin verlorengehen.

Neue Arbeitsplätze entstehen auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung, im Verkauf und Vertrieb und vor allem auf dem weiten und schnell wachsenden Feld der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Dienstleistungen. Die schnelle und wirksame Anpassung unseres Systems der allgemeinen und beruflichen Bildung an die veränderten wirtschaftlichen Strukturen ist deshalb von allergrößter Bedeutung.

Die modernen Technologien bringen uns darüber hinaus ein seit mehr als 100 Jahren nicht mehr gekanntes Maß an möglicher Flexibilität im Arbeitsleben. Das Kolonnenprinzip, nach dem Hunderte und gelegentlich Tausende von Menschen zur gleichen Zeit am gleichen Ort arbeiten mußten, verliert von Jahr zu Jahr mehr an Bedeutung. Die Menschen werden freier, Ort und Zeit ihrer Arbeit selber zu bestimmen. Dies bedeutet neue Chancen für die arbeitenden Menschen, vor allem für Frauen und Arbeitnehmer in ländlichen Gebieten. Es hat aber auch tiefgreifende Folgen für das kulturelle Leben, für die Freizeitgestaltung, für die Investitionsplanungen von Ländern und Kommunen sowie für das Selbstverständnis und die gesellschaftliche Funktion der Gewerkschaften.

Man mag diese Entwicklungen begrüßen oder auch nicht, verhindern können wir sie auf keinen Fall. Wir müssen deshalb die große Chance sehen und nutzen, die für uns darin liegt, diesen strukturellen Wandel rechtzeitig zu erkennen und mitzugestalten.

(Rippich [SPD]: Sollten Sie eigentlich schon mit anfangen!)

Niedersachsen, das jahrzehntelang zu den strukturschwachen Bundesländern gezählt wurde und diese Schwächen auch heute noch nicht ganz überwunden hat, ist von diesem Strukturwandel in besonderem Maße betroffen.

(Rippich [SPD]: Das sind alles neue Erkenntnisse!)

Ich kann nicht umhin, erneut festzustellen, daß wir noch heute darunter leiden, daß frühere

Regierungen in den 60er und beginnenden 70er Jahren

(Widerspruch bei der SPD — Lebhafter Beifall bei der CDU)

die notwendigen Schritte nicht erkannt, geschweige denn eingeleitet haben. Es bedurfte nach unserem Regierungsantritt immenser Anstrengungen, um Rückstände aufzuholen und die notwendigen Weichenstellungen für die Zukunft zu vollziehen.

(Wernstedt [SPD]: Zehn Jahre haben Sie damals mitregiert!)

Dies ist uns zu einem guten Teil gelungen. Wir haben Niedersachsen aus dem wirtschaftlichen Schattendasein herausgeführt und es zum Aufsteigerland des Nordens entwickelt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU. — Lachen bei der SPD.)

Ich habe nie einen Zweifel daran gelassen, daß für die Strukturverbesserung unseres Landes nicht einzelne Legislaturperioden ausreichen,

(Funke [SPD]: Was sagt die FDP dazu?)

daß die Zeit hierfür eher nach Jahrzehnten zu messen ist. Wir müssen deshalb weiterhin alle Kraft darauf verwenden, die Struktur unseres Landes zu verbessern, um damit die wichtigste Voraussetzung für einen weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit zu schaffen.

(Rippich [SPD]: Hätten wir schon mit anfangen sollen! — Wernstedt [SPD]: Propaganda wie in der Volkskammer!)

Bei aller Bedeutung der Probleme und Chancen, die der technologische Wandel mit sich bringt, dürfen wir nie vergessen, daß es um den Menschen als Ganzes geht. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, daß die Lebensverhältnisse in unserem Land noch ein Stück menschlicher werden.

(Oh! bei der SPD.)

Wir müssen auch dafür sorgen, daß die Bürger unseres Landes in einer gesunden Umwelt leben können.

(Rippich [SPD]: Hätten wir auch schon mit anfangen können!)

Schließlich ist es gerade in Zeiten großen Wandels wichtig, daß die Bürger Vertrauen zu unserem freiheitlichen Rechtsstaat haben, daß sie die Möglichkeiten des Staates weder über- noch unterschätzen. Politik muß deshalb verständlich und verlässlich sein.

Folgende Leitlinien werden die Arbeit dieser Landesregierung in den kommenden Jahren maßgeblich bestimmen:

(Rippich [SPD]: Leitlinien mit „d“!)

Erstens. Wir wollen ein modernes Niedersachsen mit zukunftsorientierter Wirtschaftsstruktur als Voraussetzung für mehr Arbeit und mehr sozialen Fortschritt.

(Wernstedt [SPD]: Das wollen wir auch!)

Dazu gehören die weitere Verbesserung der Infrastruktur unseres Landes, der weitere Ausbau zum Forschungsland, die Sicherung des notwendigen finanziellen Handlungsspielraumes, aber auch eine qualifizierte Ausbildung vor allem der jungen Menschen.

Zweitens. Wir wollen eine offene, menschliche Gesellschaft. Das bedeutet überschaubare Lebensverhältnisse, Stärkung der Familie, Teilhabe an der örtlichen Gemeinschaft,

(Zuruf von Auditor [SPD])

Solidarität mit jenen in unserer Gesellschaft, die es schwerer haben als andere. Das bedeutet aber auch gleiche Chancen für Männer und Frauen, Förderung unterschiedlicher Fähigkeiten und Leistungen in der Schule sowie eine größere Vielfalt in den Möglichkeiten zur Bildung der Gesamtpersönlichkeit.

Drittens. Wir wollen unsere natürliche Umwelt schützen und dort, wo sie in Teilen zerstört ist, soweit wie möglich wieder herstellen. Dabei wissen wir, daß diese Leistung nicht von Parlament und Regierung allein erbracht werden kann. Nur wenn alle — Staat, Wirtschaft, gesellschaftliche Gruppen und Bürger — an einem Strang ziehen, ist wirksamer Umweltschutz möglich.

(Zuruf von den Grünen.)

Viertens. Wir wollen den kraftvollen demokratischen Rechtsstaat,

(Schörshusen [Grüne]: Wie in Brokdorf!)

einen Staat, der seinen Bürgern nicht als fremde Gewalt gegenübertritt, der vielmehr von ihnen als ihr eigener Staat erfahren und getragen wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Verbesserung der Beschäftigungslage in unserem Lande und eine weitere Verringerung der Arbeitslosigkeit

(Rippich [SPD]: Wieso „weitere“?)

Dr. Albrecht

sind das vordringliche Ziel der Koalition für die nächsten vier Jahre. Der erfreuliche Rückgang der Arbeitslosenzahlen vor allem bei uns in Niedersachsen darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die große Zahl von Menschen ohne Arbeit nach wie vor unser größtes gesellschaftliches Problem darstellt.

(Rippich [SPD]: Daran hat die Regierung Kubel die Schuld!)

Dabei geht es nicht nur um die finanzielle Situation der Betroffenen. Genauso ernst sind die gesellschaftlichen Probleme von Jugendarbeitslosigkeit und die menschlichen Probleme, die sich vor allem für Langzeitarbeitslose stellen.

1982, zur Zeit meiner letzten Regierungserklärung,

(Zuruf von der SPD: Leider!)

befand sich die Bundesrepublik Deutschland in einer ernsten Wirtschaftskrise. Wir können heute mit Befriedigung feststellen, daß die konsequente Politik der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP

(Rippich [SPD]: Mit dem herausragenden Kanzler!)

Früchte trägt. Wir haben wieder ein gesundes Wirtschaftswachstum, geordnete Staatsfinanzen, stabile Preise, steigende Realeinkommen und sichere Renten sowie ein niedriges Zinsniveau.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Zuruf von der SPD: Haushaltsperre!)

Wir erwarten deshalb, daß diese günstigen Rahmenbedingungen noch stärker für die Einstellung von Arbeitslosen genutzt werden und daß auf dem Wege der Dämpfung der Lohnnebenkosten und weiterer Steuerentlastung für Bürger und Unternehmen der sozial schädlichen Schwarzarbeit entgegengewirkt werden kann.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Die Position Niedersachsens im Ländervergleich hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Im Abbau der Arbeitslosigkeit stehen wir zur Zeit an vorderster Stelle in der Bundesrepublik.

(Zuruf von Waike [SPD].)

Unter allen norddeutschen Ländern hat Niedersachsen inzwischen das größte Wirtschaftswachstum. Diesen Weg werden wir weitergehen. Dabei werden wir folgende Schwerpunkte verfolgen:

- Ausbau von Forschung und Technologie und Intensivierung des Technologietransfers,
- weitere Verbesserung der Infrastruktur und der Standortattraktivität unseres Landes,
- Intensivierung der Mittelstandspolitik und Einbeziehung des Dienstleistungsbereichs in die Förderprogramme,
- Fortführung der Beschäftigungsinitiative, die besonders jugendlichen Arbeitslosen, Frauen und Dauerarbeitslosen helfen soll,

(Wernstedt [SPD]: Sie wissen doch, daß das ein Flop war!)

- Verstärkung der Maßnahmen zur beruflichen und allgemeinen Qualifikation und Weiterbildung,
- eine solide Finanzpolitik als Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung.

Die Landesregierung wird ihre Aktivitäten auf dem Gebiet der Technologie mit Nachdruck vorantreiben. Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Wirtschaft sollen verstärkt zusammenarbeiten. Die technologische Infrastruktur ist für alle Interessierten zu öffnen. Dazu soll eine neue landesweit arbeitende Einrichtung für Technologietransfer dienen.

(Zuruf von der SPD: Neue Behörden sind immer gut!)

Die interdisziplinäre Verbundforschung und der Ausbau der niedersächsischen Forschungsinfrastruktur sollen vorangetrieben werden. Besondere Schwerpunkte sollen dabei in den Sektoren jener Technologien liegen, in denen Niedersachsen schon heute Stärken ausweist, wie zum Beispiel Kommunikationstechnologie, Biotechnologie, Werkstoff- und Verfahrenstechnik, Lasertechnik sowie Umwelt- und Meerestechnik. Die Erforschung alternativer Energien soll ein besonderer neuer Schwerpunkt werden.

Für die wirtschaftliche Entwicklung Niedersachsens als Flächenland ist eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur unerlässlich. Deshalb wurden in den letzten Jahren alle Anstrengungen darauf gerichtet, die strukturschwachen Räume an das Autobahnnetz anzubinden.

(Mönninghoff [Grüne]: Und die Eisenbahn stillzulegen!)

Dies gilt zum Beispiel für Ostfriesland. Die neue Landesregierung will die im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen anerkannten großräumigen neuen Straßenverbindungen zur verbesserten Erschließung strukturell benachteiligter Räume zügig realisieren. Dazu zählt auch der Bau einer

vierspurigen Straße an der Unterelbe als Autobahn oder auf autobahnähnliche Weise.

(Trittin [Grüne]: Pfui!)

Nachdem der Ausbau der Teilnetze der verschiedenen Verkehrsträger in Niedersachsen nahezu abgeschlossen ist, wird es in Zukunft darauf ankommen, diese Netze zu einem Verbundsystem zwischen Straße, Schiene, Häfen und Luftverkehr zu verknüpfen. Dabei geht es um den Anschluß der großen Seehäfen an das Autobahnnetz und das elektrifizierte Streckennetz der Bundesbahn ebenso wie zum Beispiel um die Anbindung des Flughafens Hannover an den Intercityverkehr der Bundesbahn. Die neue Bundesbahnschnellstrecke Hannover — Würzburg wird gute Voraussetzungen dafür geben, Hannover zum Verkehrsknotenpunkt des nördlichen Deutschlands zu machen.

(Kempmann [Grüne]: Na!)

Im öffentlichen Personennahverkehr streben wir für unser Land möglichst flächendeckende Verkehrs- und Tarifgemeinschaften an, um eine bessere Abstimmung von Fahrplänen und Verkehrslinien zu erreichen. Bei der Neugestaltung des Schienenpersonennahverkehrs wird das Land regionale Einzelvorhaben auch in Zukunft finanziell unterstützen.

Die Einrichtung einer modernen Telekommunikationsinfrastruktur ist eine wichtige Voraussetzung für die künftige Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Die neuen Kommunikations- und Informationstechnologien bieten die Chance, Standortnachteile abgelegener Gebiete auszugleichen, die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen zu steigern und neue Formen der Arbeit vom Wohnort aus zu entwickeln.

(Frau Dr. Dücker [Grüne]: Heimarbeit für Frauen!)

Allerdings erfordert dies auch eine entfernungsunabhängige Gebührenpolitik der Deutschen Bundespost. Sonst können wir nicht erreichen, daß die neuen Telekommunikationsdienste frühzeitig und möglichst flächendeckend in allen Landesteilen zur Verfügung stehen. Das aber bleibt unser Ziel.

Jeder weiß — auch wenn es manchmal öffentlich bestritten wird —, daß niedrige Energiepreise und Versorgungssicherheit zu den wesentlichen wirtschaftlichen Standortfaktoren eines Landes gehören. Die niedersächsische Energiepolitik, die vor gar nicht so langer Zeit außer von der CDU und der FDP auch von der SPD-Landtagsfraktion

getragen wurde, hat eine Kraftwerksstruktur erreicht, die dem Gebot einer sicheren, preisgünstigen und umweltschonenden Energieversorgung entspricht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Diese Energiepolitik, die auf Kernkraft, Kohle und Gas setzt, muß nach dem Unglück in Tschernobyl in der Bevölkerung neu begründet werden,

(Lachen bei der SPD und bei den Grünen)

auch wenn ihre Grundlinie nach meiner Überzeugung richtig bleibt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Die Landesregierung versteht die Sorgen und Ängste, die dieser Unfall bei vielen unserer Mitbürger ausgelöst hat. Sie wird einen Bericht über die Auswirkungen des Unglücks von Tschernobyl in Niedersachsen, die Reaktionen der Behörden und die Folgerungen für die Zukunft vorlegen.

(Frau Schreiner [Grüne]: Da sind wir aber gespannt!)

Sie unterstützt die Bundesregierung in ihrem Bemühen, internationale Vereinbarungen über höchste Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke zu erreichen sowie über einen schnellen und befriedigenden Austausch von Informationen über gravierende Störfälle.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Die Landesregierung wird selbstverständlich darauf achten, daß etwaige neue Erkenntnisse auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit unverzüglich berücksichtigt werden. Wir haben bereits den Auftrag erteilt, zu untersuchen, wie eine Verkürzung der Intervalle bei der sicherheitstechnischen Überprüfung der Kernkraftwerke möglich ist.

Die Landesregierung hält an der friedlichen Nutzung der Kernenergie fest, solange nicht aus anderen Energiequellen unter vertretbaren ökologischen und wirtschaftlichen Bedingungen ausreichende Energie zur Verfügung steht.

(Zuruf von Schörshusen [Grüne].)

Der bloße Ersatz von Kernenergie durch Kohle und Öl würde nach Überzeugung von CDU und FDP so große Risiken — gesundheitliche, ökologische und wirtschaftliche — mit sich bringen, daß er nicht verantwortet werden kann.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Die Landesregierung wird nicht einfach abwarten, welche Entwicklungen sich ergeben. Sie wird vielmehr ihre Bemühungen zur Erforschung und zum Einsatz alternativer Energien mit Nachdruck fortsetzen. Mit der Entscheidung über die Grün-

Dr. Albrecht

dung eines Instituts für Solarenergietechnik und über die Errichtung von Windkraftparks sind bereits wichtige Schritte vollzogen. Weitere Schwerpunkte werden die Nutzung der Erdwärme, die energetische Abfallverwertung, die Gewinnung alternativer Kraftstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen sowie die Biogasgewinnung aus Abfällen sein.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Niedersachsen werden mehr als zwei Drittel der Arbeitsplätze und über die Hälfte aller Unternehmensumsätze in kleinen und mittleren Betrieben erwirtschaftet. Sie sind mit ihrem hohen Grad an Flexibilität und Eigendynamik Garanten unserer Wirtschaftsordnung. Ein zentrales Anliegen der neuen Landesregierung wird deshalb die Stärkung der Wettbewerbskraft des Mittelstandes sein. Gerade die mittelständischen Betriebe in Handwerk, Handel, Industrie, Verkehr, Fremdenverkehr und anderen Dienstleistungsbereichen gewährleisten ein hohes Maß an Flexibilität und Anpassung an sich ändernde Verhältnisse. Die Landesregierung wird deshalb, wo dies möglich und sinnvoll ist, der privaten Wirtschaft Betätigungsmöglichkeiten auch da einräumen, wo sie bisher von der öffentlichen Hand wahrgenommen worden sind.

Sie wird ferner ihre Mittelstandspolitik unter besonderer Beachtung des Mittelstandsförderungsgesetzes weiter verstärken. Mit Hilfe der Landesdarlehens- und Bürgschaftsprogramme, des Technologie- und des Existenzgründungsprogramms wird sie konsequent als Ziele verfolgen, die Leistungsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen zu stärken, die Eigenkapitalversorgung durch geeignete gesetzliche Maßnahmen zu verbessern und Wettbewerbsnachteile gegenüber Großunternehmen abzubauen.

Die Abkehr von der Industriegesellschaft alter Prägung und Hinwendung zu einer mehr dienstleistungsorientierten Gesellschaft darf nicht länger ohne Auswirkung auf unsere Förderpolitik bleiben. In die Förderprogramme des Landes sollen deshalb Betriebe des Dienstleistungsbereichs einbezogen werden.

Als Folge des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels werden Freizeit und Urlaub in der Zukunft erheblich an Bedeutung gewinnen.

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank!)

Um an dieser Entwicklung stärker zu partizipieren, wird die Landesregierung für den Fremdenverkehr eine Neuorientierung vornehmen. Künftig soll stärker als bisher Qualität statt Quantität

im Vordergrund der Entwicklung und der Fördermaßnahmen stehen.

(Zuruf von den Grünen: Darauf können wir verzichten!)

Die Landesregierung wird mit weiteren eigenen Maßnahmen zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen. Schon in der vorigen Wahlperiode haben die CDU-geführte Landesregierung mit ihrer Beschäftigungsinitiative

(Zuruf von der SPD: Lächerlich!)

und die FDP mit ihrem Aktionsprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit

(Lachen bei der SPD)

die Einstellung junger Menschen durch Teilzeitarbeit, Beschäftigungsangebote und durch Möglichkeiten zur beruflichen Qualifikation unterstützt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Die Landesregierung begrüßt, daß Kirchen, Arbeitgeber und Gewerkschaften in diesen Tagen gemeinsam eine Erklärung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Niedersachsen vorgelegt haben. Die neue Landesregierung beabsichtigt, die Beschäftigungsinitiative fortzuschreiben und dabei auch die Probleme Langzeitarbeitsloser und die berufliche Qualifizierung von Arbeitslosen besonders zu berücksichtigen. Zusätzliche Maßnahmen sollen die berufliche Wiedereingliederung nicht mehr berufstätiger Frauen besser vorbereiten.

In Zeiten großen Strukturwandels kommt der Qualifizierung der Menschen erhöhte Bedeutung zu. Die Erwachsenenbildung leistet einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der mit dem wirtschaftlichen, technologischen und sozialen Wandel zusammenhängenden Probleme. Die Landesregierung wird daher die Erwachsenenbildung nachhaltig unterstützen.

Es wäre jedoch falsch, das Augenmerk einseitig auf die berufliche Weiterbildung zu richten. Die Fähigkeiten, als mündiger Bürger politisch zu handeln, ethisch bewußt zu entscheiden, Familienleben zu gestalten, die eigenen schöpferischen Kräfte zu entfalten, sind ebenso wichtige Aufgaben von Schule und Erwachsenenbildung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Die Landesregierung ist sich bewußt, daß die hohe Zahl der einen Ausbildungsplatz suchenden Jugendlichen auch in den nächsten Jahren noch ein Problem sein wird, wenngleich der Rückgang der Zahl der Ausbildungsplatzsuchenden begonnen hat.

(Dehn [SPD]: Ich denke, das war noch nie ein Problem!)

Dank der großen Anstrengungen der Wirtschaft und mit Hilfe des Ausbildungsplatzprogramms Niedersachsen konnte erreicht werden, daß das Gesamtangebot an Ausbildungsplätzen immer etwas höher war als die Gesamtnachfrage, was nicht heißt, daß jeder den Ausbildungsplatz seiner Wahl am Ort seiner Wahl finden konnte.

(Wernstedt [SPD]: Blanker Zynismus!)

Die Landesregierung wird auch weiterhin denen, die trotz aller Anstrengungen der ausbildenden Wirtschaft keinen Ausbildungsplatz finden können, eine vollwertige Berufsausbildung im Rahmen des APN ermöglichen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ehe ich diesen Abschnitt mit der Finanzpolitik abschließe, möchte ich noch auf die besonderen Probleme der Landwirtschaft eingehen. Fast drei Viertel der Fläche unseres Landes werden landwirtschaftlich genutzt. Rund 25 % der Erwerbstätigen leben direkt oder indirekt von der Landwirtschaft. Wenn man einmal annimmt, daß ein wesentlicher Teil unserer bäuerlichen Familienbetriebe gezwungen wäre aufzugeben, würde das Land insgesamt seinen Charakter verändern, man kann auch sagen, seinen Charakter verlieren, von den persönlichen Schicksalen, die Folge einer solchen Entwicklung wären, ganz zu schweigen.

Niedersachsen ist ein bedeutendes Agrarland. Dies soll auch so bleiben. Dazu ist es notwendig, neue Entwicklungen rechtzeitig aufzunehmen, sich ihnen zu öffnen und sie durch eigene Initiativen zu beeinflussen.

Das zentrale Problem der Landwirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft ist die Produktion von Überschüssen. Vordringlichste Aufgabe ist deren Abbau. Dabei kann nur ein Bündel von sich ergänzenden und aufeinander abgestimmten Maßnahmen den langfristig erhofften Erfolg bringen.

Große Bedeutung mißt die Landesregierung der Erschließung neuer industrieller Märkte für landwirtschaftliche Produkte bei. Niedersachsen wird an seinem Vorhaben festhalten, auf diesem Weg Schrittmacherdienste zu leisten. Wir unterstützen den Bau von Anlagen zur Erzeugung von Bioethanol in gleicher Weise wie den behutsamen Ausbau der Produktion von Stärke.

Die Erschließung neuer Absatzmärkte für unsere Landwirtschaft wird jedoch für sich allein in den nächsten Jahren nicht ausreichen, das Problem der Überschussproduktion zu lösen. Parallel dazu

müssen Flächen umgewidmet oder extensiver bewirtschaftet werden. Wir führen deshalb den Großversuch Grünbrache durch, mit dem EG-weite Maßnahmen zur Einschränkung der landwirtschaftlichen Produktion auf freiwilliger Basis und gegen Ausgleichszahlungen ausgelöst werden sollen. Daneben sind wir aufgeschlossen gegenüber anderen Wegen zur Extensivierung, ja auch zur Herausnahme ganzer Betriebe aus der Produktion im Rahmen des Sozialen Marktentlastungsprogramms. Die Umwidmung von Agrarflächen für Zwecke des Natur- und Landschaftschutzes wird bereits praktiziert. Vor allem in waldarmen Gebieten soll auch die Aufforstung zur Marktentlastung beitragen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Diese Maßnahmen können auf die Dauer kein Alleingang Niedersachsens oder anderer Bundesländer bleiben. Aber wir wollen gern Vorreiter sein, weil wir als Agrarland besonders gefordert sind, neue Gedanken zu entwickeln und in die Tat umzusetzen.

Alle diese Maßnahmen sind vor dem Hintergrund unserer politischen Forderung zu sehen, daß der Preis auch in Zukunft die Grundlage des bäuerlichen Einkommens bilden muß.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Überschussproduktion beseitigen hilft Spielraum schaffen für Erzeugerpreise, die unseren Landwirten ein angemessenes Einkommen sichern.

Als selbstverständlich betrachten wir es, daß alle diese Maßnahmen nur freiwillig erfolgen können und unter dem Leitsatz der Erhaltung einer bäuerlichen Betriebsstruktur stehen müssen.

Die bäuerlichen Familienbetriebe sind gegenüber den industrialisierten Agrarproduzenten zu stützen. Wir haben unsere Vorstellungen hierzu in den Bundesrat eingebracht und werden sie auf allen Ebenen konsequent weiterverfolgen.

(Bartels [SPD]: Welche?)

Zur Vermeidung der Entwicklung von Agrarfabriken wird auch geprüft, ob die Einführung von absoluten Bestandsobergrenzen verfassungsrechtlich zulässig ist.

(Beifall bei der CDU.)

Der bäuerliche Familienbetrieb ist der beste Garant dafür, daß die Landwirtschaft den ihr gestellten Aufgaben auch in Zukunft gerecht wird.

In dem Bestreben, möglichst viele bäuerliche Familienbetriebe zu erhalten, wird sich die Landesregierung auch solcher Betriebe annehmen,

Dr. Albrecht

die unverschuldet in Existenznot geraten sind. Wir tragen durch Ankauf von land- und forstwirtschaftlichen Flächen solcher Betriebe dazu bei, ihnen eine Eigenkonsolidierung zu ermöglichen. Wir werden auch an der Lösung von Problemen mitzuwirken versuchen, die sich für bäuerliche Familienbetriebe durch den Generationswechsel ergeben können. Es ist beabsichtigt, für Junglandwirte ein Programm zu entwickeln, das zum Ziel hat, den Betriebsbeginn durch finanzielle Starthilfen und die Zuteilung oder den Erwerb von Milchquoten zu unterstützen.

Im Familienbetrieb kommt der Bäuerin in ihrer Doppelfunktion als Ehefrau und Mutter auf der einen Seite und als mitarbeitendes Familienmitglied auf der anderen besondere Bedeutung zu.

(Beifall bei der FDP.)

In vielen Betrieben wird auch die Sorge für die ältere Generation mit übernommen. Um dieser Situation noch besser Rechnung tragen zu können, werden wir im Landwirtschaftsministerium ein selbständiges Landfrauenreferat einrichten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Lassen Sie mich jetzt zur Finanzpolitik kommen. Sie muß solide bleiben.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Bleiben?)

Das ist Voraussetzung dafür, daß die von uns ins Auge gefaßten Maßnahmen überhaupt durchgeführt werden können. Der finanzpolitische Kurs der Haushaltskonsolidierung, den CDU und FDP seit 1976 verfolgen, hat unbestreitbare Erfolge gebracht. Trotz schwierigster Rahmenbedingungen ist es gelungen, den Anteil der durch Kredite finanzierten Ausgaben auf fast ein Drittel des Wertes von 1976 zu senken.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Jetzt mal die richtigen Zahlen!)

Wir werden diesen Kurs fortsetzen.

Konsolidierung ist weiterhin unerlässlich, um den notwendigen Handlungsspielraum für Investitionen und arbeitsmarktentlastende Maßnahmen, aber auch für soziale Aufgaben zu erhalten und zu erweitern.

(Beifall bei der FDP.)

Wir dürfen nicht durch neue kreditfinanzierte Milliardenprogramme Schulden für unsere Kinder und Enkel aufhäufen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Juni 1986 zum Länderfinanzausgleich hat zur Folge, daß künftig die vollen Einnahmen

aus dem Förderzins in den bundesstaatlichen Finanzausgleich einbezogen werden müssen.

(Dehn [SPD]: Das kommt davon!)

Dies hat für den niedersächsischen Landeshaushalt einschneidende Konsequenzen. Aufgabe wird es nun sein, in den Verhandlungen zur Neuordnung des Finanzausgleichs zu Lösungen zu gelangen, die Niedersachsen mittragen kann. Nach unserer Auffassung kann die volle Einbeziehung des Förderzinses nur mit einer zeitgleichen entsprechenden Regelung für die volle Berücksichtigung der Gemeindesteuern im horizontalen Finanzausgleich verbunden werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ungeachtet der zu erwartenden Schwierigkeiten sind wir bereit, in den Verhandlungen mit dem Bund und den anderen Ländern zu einem angemessenen Interessenausgleich beizutragen.

Die Landesregierung hatte sich zum Ziel gesetzt, die jährliche Nettokreditaufnahme auch im kommenden Jahr zurückzuführen. Nach dem Einbruch bei den Einnahmen aus dem Förderzins, der 1985 seinen höchsten Stand mit 2,1 Milliarden DM erreichte und 1987 wahrscheinlich um über eine halbe Milliarde zurückgehen wird, und unter Berücksichtigung der verminderten Zuführungen aus dem Finanzausgleich wird es jedoch nicht möglich sein, die entstehende Deckungslücke nur durch Ausgabenbegrenzungen zu schließen. Da auch die Steuern aufgrund der erreichten Preisstabilität geringer steigen, als vor einem Jahr angenommen, werden wir nicht umhinkommen, neben Eingriffen auf der Ausgabenseite zumindest einen Teil der Einnahmefälle durch Kreditaufnahme zu kompensieren. Durch Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage wird sich jedoch die Kreditfinanzierung in vertretbaren Grenzen halten.

Trotz dieser Finanzsituation wird die Landesregierung die Bemühungen der Bundesregierung sowohl um weitere Absenkung der Steuerbelastung als auch um eine Vereinfachung des Steuerrechts unterstützen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Dabei wollen wir neben der Tarifkorrektur gerade im Interesse mittlerer Einkommen u. a. die steuerliche Begünstigung des nicht entnommenen Gewinns.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Wir streben an, die Gewerbesteuer abzuschaffen, (Schmalstieg [SPD]: Das ist gemeindefeindlich! Das ist ganz schlimm, was Sie da gesagt haben!)

wenn gewährleistet ist, daß die Gemeinden einen angemessenen finanziellen Ausgleich erhalten und ein eigenes Heberecht behalten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Alle diese Maßnahmen dienen der Entlastung der Wirtschaft von zu hohen Steuern.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Zurufe von der SPD.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen unseres individuellen und gesellschaftlichen Lebens ist von mir an erster Stelle genannt worden, weil unser Erfolg oder Mißerfolg auf diesem Gebiet darüber entscheidet, wieviel Mittel uns zur Erfüllung anderer Aufgaben zur Verfügung stehen. Wirtschaft ist ja nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Entscheidend ist, daß wir durch die Gesamtheit unserer Politik dazu beitragen, das individuelle und gemeinschaftliche Leben in unserem Land noch ein Stück menschlicher zu machen.

Ich glaube nicht, mich zu täuschen, wenn ich sage, daß die Frage: Wie können wir noch menschlicher miteinander leben? für die Bürger unseres Landes zunehmend an Gewicht gewinnt.

Es liegt auf der Hand, daß ich an dieser Stelle nicht auf die philosophischen und religiösen Voraussetzungen dieser Frage eingehen kann. Für die praktische Politik genügt es in erster Annäherung, auf das zu achten, was die große Mehrheit unserer Bevölkerung als menschlich empfindet. Mir scheint, daß im Laufe der Jahre folgende Aspekte immer klarer hervorgetreten sind:

Erstens. Die Menschen suchen die örtliche Gemeinschaft. Sie möchten dort leben, wo sie als Person bekannt sind, das heißt, sie fliehen die Anonymität, die sich leider in manchen Ballungsgebieten, unterstützt durch mißratene Formen des Wohnungs- und Städtebaues, breitgemacht hat. Sie wollen Nachbarschaft, Vereinsleben, Geselligkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Zweitens. Es gibt so etwas wie eine menschliche Dimension unserer Einrichtungen. Welches ist die menschliche Dimension eines Krankenhauses, einer Schule, einer Hochschule? Fest steht, daß unsere Bürger oft den kleineren, vielleicht sogar technisch ineffizienteren Einrichtungen den Vorzug geben vor den größeren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Drittens. Es gibt keine wirklich menschliche Gesellschaft ohne Solidarität. Die Art, wie wir alten Menschen, Kindern und kinderreichen

Familien, Arbeitslosen und lernschwächeren Jugendlichen, Kranken und Behinderten, Drogensüchtigen und straffällig Gewordenen begegnen, entscheidet ganz wesentlich über die menschliche Qualität unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Viertens. Zur menschlichen Gesellschaft gehört, daß jeder sich entsprechend seinen Anlagen als Mensch entwickeln kann. Jahrhundertlang waren ganze Schichten des Volkes in ihrer Bildung und damit in ihrer Entwicklung behindert. Heute steht die Frage nach der Chancengleichheit für die Frauen im Vordergrund. Damit werden Fragen nach gerechter Leistung, nach Begabung oder differenzierter Förderung keinesfalls überflüssig.

Die Landesregierung wird sich bemühen, auf den von mir genannten Feldern in den nächsten Jahren weitere Fortschritte zu erzielen. Sie weiß, daß sie dabei der Mitwirkung der politischen und gesellschaftlichen Kräfte bedarf.

Lassen Sie mich nun, meine Damen und Herren, auf einzelne Maßnahmen näher eingehen.

(Schultze [SPD]: Das waren doch alles Einzelheiten!)

Wir können in Niedersachsen inzwischen fast überall auf eine vorbildliche soziale Infrastruktur aufbauen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Das Netz der Sozialstationen, der Alteneinrichtungen, der Werkstätten für Behinderte, die weitgehend sanierten psychiatrischen Krankenhäuser sind dafür kennzeichnend. Diese solide Ausgangsbasis gibt uns die Chance, durch qualitative Verbesserungen die Menschen, gerade wenn sie auf Hilfe angewiesen sind, wieder mehr miteinander zu verbinden. Hilfe zur Selbsthilfe und Solidarität der Leistungsstarken mit den Leistungsschwachen bleiben die Prinzipien.

In unserer Familienpolitik wird ein Schwerpunkt bei Hilfestellungen für das Zusammenleben mit Kindern liegen. Dazu gehören die Förderung der Kindertagesstätten, der Ausbau der Familienfreizeiten und der Familienbildung, aber auch die Förderung des Drei-Generationen-Hauses.

Wir wollen die Sozialstationen als Kristallisationspunkt der ambulanten Hilfe für Familien, alte Menschen und Kranke verstärken. Im Hinblick auf die sich weiter verändernde Altersstruktur der Bevölkerung soll vor allem die häusliche Altenpflege ausgebaut werden.

(Zustimmung von Frau Schneider [Berenbostel] [FDP].)

Dr. Albrecht

Zu einem menschenwürdigen Dasein der Älteren gehört nicht nur ihre materielle Sicherheit. Dazu gehören auch Anerkennung und Geborgenheit in der Gesellschaft.

(Zustimmung von Lindhorst [CDU].)

Um dieses Ziel zu erreichen, wird die Landesregierung ein verbessertes Bildungsangebot für ältere Menschen, die Förderung von Wohngemeinschaften und eine stärkere Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements anstreben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Die Integration der Behinderten wird die Landesregierung mit Nachdruck fortsetzen. Neben dem bedarfsgerechten Ausbau der ambulanten und teilstationären Angebote werden unsere Bemühungen dahin gehen, die Angebote differenzierter Wohnformen auszuweiten. Auch hier werden wir veränderten Altersstrukturen Rechnung tragen. Eltern sollen keine Angst haben, daß ihre behinderten Kinder allein gelassen sind, wenn sie selbst ihnen nicht mehr helfen können. Ein deutlicher Schwerpunkt wird in der Realisierung des Programms zur Früherkennung von Behinderungen und zur frühen Förderung von Behinderten liegen.

(Beifall bei der FDP.)

Unser Ziel ist ein flächendeckendes System zur frühestmöglichen Erkennung und Therapie von Behinderungen bei Kindern schon in den ersten Lebensjahren.

Die Gesundheitsvorsorge werden wir insgesamt intensivieren. Die Landesregierung wird in Zusammenarbeit mit den beteiligten Institutionen in Modellversuchen neue Wege wirksamerer Aufklärung, Vorsorge und Früherkennung suchen. Selbsthilfeeaktivitäten werden soweit wie möglich einbezogen. Einer der Schwerpunkte bleibt dabei die Bekämpfung der Abhängigkeiten von Alkohol, Medikamenten und Rauschdrogen sowie die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten.

(Zustimmung von Lindhorst [CDU].)

Dort, wo die ortsnahe psychiatrische Versorgung noch nicht optimal ist, soll sie verbessert werden. Die Landesregierung denkt beispielsweise an Belegbetten in Allgemeinkrankenhäusern.

Angesichts der Tatsache, daß das Angebot an Mietwohnungen insgesamt die Nachfrage übersteigt, ist eine weitere Förderung des Mietwohnungsbaues nicht mehr zeitgerecht. Die Wohnungsbauförderung wird deswegen gezielt auf kinderreiche Familien sowie auf den Bau von

alten- und behindertengerechten Wohnungen konzentriert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Mögliche finanzielle Spielräume sollen für eine Umschichtung der Mittel zugunsten der Städtebauförderung genutzt werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

In der Erneuerung unserer Städte und Dörfer liegt eine große Zukunftsaufgabe, die eine Verbesserung der Lebensbedingungen mit der Sicherung von Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft verbindet.

Die Landesregierung betrachtet die Verwirklichung von Gleichberechtigung und mehr Partnerschaft zwischen Mann und Frau als vorrangiges Ziel.

(Zuruf von Schörshusen [Grüne].)

Männer und Frauen sollen sich ohne Einengung auf vorgegebene Rollen als gleichberechtigte Partner in Familie, Beruf und Gesellschaft entfalten können. Wegen der besonderen Bedeutung der Frauenpolitik wird die Landesregierung eine Landesbeauftragte für Frauenfragen berufen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Sie wird Vortragsrecht im Kabinett haben und bei allen für Frauen bedeutsamen Fragen ihre Position darlegen können.

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Oh, wirklich?)

Die Maßnahmen der Frauenpolitik sollen gezielt ausgebaut und in einem frauenpolitischen Programm zusammengefaßt werden. Schwerpunkte des Programms werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf,

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Für wen?)

die Wiedereingliederung der Frauen nach der Familienphase und die Verbesserung der Chancen von Mädchen und Frauen in Ausbildung und Beruf sein.

Um die Wahlfreiheit zwischen Beruf und Familie zu erleichtern, wollen wir die Rückkehrmöglichkeiten verbessern. Dazu sollen folgende Maßnahmen beitragen: ein flächendeckendes Angebot an Motivations- und Orientierungskursen im Anschluß an die Kindererziehungszeit in Anlehnung an die Kurse „Neuer Start ab 35“, Kursangebote zur Erhaltung der Berufsqualifikation und des Berufskontaktes während der Erziehungsjahre in der Familie,

(Zuruf: Und Männer?)

Bemühungen zur verbesserten Einbeziehung der Berufsrückkehrerinnen in das Arbeitsförderungsgesetz.

Wir müssen auch sehen, daß die zahlreichen Aktivitäten von Frauen z. B. in Organisationen und Initiativgruppen das stark gewachsene Interesse der Frauen am politischen und gesellschaftlichen Geschehen zeigen.

Der Einfluß der Frauen ist jedoch noch immer höchst unbefriedigend.

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Das stimmt! — Weitere Zurufe von den Grünen.)

Selbst bei ehrenamtlichen Tätigkeiten werden Führungsaufgaben nicht selten von Männern wahrgenommen,

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Das sieht man an der Landesregierung! — Weitere Zurufe von den Grünen)

die nachgeordneten Tätigkeiten hingegen von Frauen geleistet. Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, daß Kursangebote zur Qualifizierung von Frauen für ehrenamtliche Tätigkeiten beispielsweise in sozialen Diensten, in der Verbandsarbeit, in der kirchlichen Arbeit

(Zuruf von den Grünen: Ausbeutung ist das!)

sowie in Kultur und Politik entwickelt und gefördert werden.

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Das ist ein bißchen hinter dem Stand der Diskussion!)

Schließlich noch einige Worte zur Bildungspolitik. Für unsere Schulen konnten in den letzten Jahren die äußeren und inneren Arbeitsbedingungen deutlich verbessert werden. Die Struktur des niedersächsischen Schulwesens hat sich grundsätzlich bewährt. Dies schließt jedoch Weiterentwicklungen auf einzelnen Feldern nicht aus.

(Wernstedt [SPD]: Sie wollen Rückentwicklung!)

Deshalb werden wir beispielsweise die Ergebnisse der Bestandsaufnahme Hauptschule in die praktische Arbeit dieser Schulform umsetzen, die Orientierungsstufe inhaltlich verbessern und das Schulgesetz daraufhin überprüfen, ob Schulversuche und Schulverfassungsversuche ermöglicht werden können. In diese Überprüfung wird die Zuständigkeit der Konferenzen und die Stellung der Schulleiter einbezogen werden.

(Wernstedt [SPD]: Das ist wohl ein Kompromiß!)

Die Landesregierung hält es weiterhin für nötig, auch in der gymnasialen Oberstufe wieder in größerem Maße Allgemeinbildung zu vermitteln, als es heute der Fall ist.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Wernstedt [SPD]: Liebend gern, wenn Sie sagen könnten, was das ist!)

Die vorhandenen Hochschulstandorte sollen erhalten bleiben. Die abnehmende Zahl von Studenten bietet nach unserer Überzeugung neue Chancen, die Qualität von Lehre und Forschung an unseren Hochschulen weiter zu stärken.

(Bartels [SPD]: Warme Luft bisher!)

Wir legen auch Wert darauf, daß der Spielraum der Hochschulen für selbstverantwortliche Entscheidungen erweitert wird.

(Frau Wettig-Danielmeier [SPD]: Sehr gut!)

Dabei muß es der Landesregierung allerdings möglich bleiben, Schwerpunkte zu setzen.

Zu dem Bemühen, unser Land noch ein Stück menschlicher zu machen,

(Zempel [SPD]: Übermenschlich!)

gehört auch die Förderung von Kunst, Kultur und Sport.

(Zempel [SPD]: Ist nicht möglich!)

Die Landesregierung kann Impulse und finanzielle Unterstützung geben; das eigentliche lebendige kulturelle und sportliche Leben wächst jedoch aus der Gesellschaft selbst heraus. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die Bildung und die Tätigkeit der Landschaften. Wir halten fest an dem bewährten System unserer Sportförderung, das auf die Stärkung der Selbstbestimmung unserer Sportvereine und -verbände gerichtet ist.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach der Sicherung von Frieden und Freiheit und dem Abbau der Arbeitslosigkeit wird der Umweltschutz von unseren Bürgern als die wichtigste politische Aufgabe gesehen.

(Schörshusen [Grüne]: Nur nicht von der Landesregierung!)

In dieser Wertung kommt beides zum Ausdruck: der Wunsch nach einer schönen und gesunden Umwelt und das Bewußtsein ihrer Gefährdung. Soweit es sich dabei um konkret faßbare Umweltschäden oder um Defizite handelt, ist es relativ leicht, Antworten und Lösungen zu finden. Viel schwerer ist es, der eher unbestimmten Angst vor einer Bedrohung von Leben oder Gesundheit

Dr. Albrecht

durch Umweltgifte zu begegnen, die für den einzelnen Bürger nicht konkret greifbar sind.

(Zuruf von den Grünen: So wie Münchehagen!)

Natürlich gibt es viele, manchmal auch maßlose Übertreibungen. Natürlich wird hier und da die Angst der Menschen bewußt geschürt. Es lohnte sich schon, der Frage nachzugehen, warum Wohlstandsgesellschaften anfälliger für solche Ängste sind als etwa die Menschen in den Entwicklungsländern.

(Zurufe von der SPD.)

Dennoch müssen wir sehen, daß selbst die Übertreibungen und das Geschäft mit der Angst nur möglich sind, weil tatsächlich Gefährdungen bestehen.

(Zuruf von Auditor [SPD].)

Offenbar können wir der Doppelgesichtigkeit der Welt nicht entgehen.

(Zuruf von Wernstedt [SPD].)

Schon die Naturkräfte können lebenspendend und lebenszerstörend wirken.

(Zurufe von den Grünen.)

Gleiches gilt für alle Arten von Technik. Es gibt keine Möglichkeit, risikolos zu leben;

(Zuruf von Schörshusen [Grüne])

wohl aber sind wir gefordert, Risiken und Chancen nüchtern zu erkennen, abzuwägen und handelnd zu optimieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Wernstedt [SPD]: Kein Problembewußtsein!)

In einer offenen, demokratischen Gesellschaft muß dies ein gesamtgesellschaftlicher Prozeß sein. Wir brauchen Zeit zur Diskussion, wir brauchen Sachwissen, aber auch Transparenz der staatlichen Willensbildung.

Dies zu gewährleisten wird Aufgabe des neuen Umweltministers sein. Mit der Errichtung des neuen Ministeriums soll die Bedeutung des Umweltschutzes unterstrichen werden. Zugleich soll dadurch unsere Absicht gefördert werden, die Umweltpolitik aus dem bloßen Reagieren auf bereits eingetretene Schäden mehr und mehr herauszubringen und zu einer gut koordinierten und geplanten Umweltvorsorge zu machen.

(Rippich [SPD]: Das haben Sie seit drei Jahren gemacht, habe ich gehört!)

Ein Schwerpunkt der neuen Aufgaben wird unter anderem darin liegen, durch eine offene, aufklä-

rende Informationspolitik dazu beizutragen, daß die Verunsicherungen und die Ängste, die ich beschrieben habe, abgebaut werden können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Zurufe von den Grünen.)

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, den Gesundheitsschutz und insbesondere die Lebensmittelüberwachung noch wirksamer zu gestalten. Wir werden deshalb die bisher getrennten Zuständigkeiten für die tierärztliche Lebensmittelüberwachung und den Verbraucherschutz an einer Stelle zusammenfassen. Wir halten es für notwendig, daß die Untersuchungsämter mit modernsten Meßmethoden fortlaufend prüfen und damit die gesundheitliche Unbedenklichkeit unserer Lebensmittel garantieren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich im folgenden kurz auf die Schwerpunkte unseres Umweltschutzprogramms für die nächsten vier Jahre eingehen.

Im Natur- und Landschaftsschutz werden wir das Moorschutzprogramm und die 1982 begonnene verstärkte Ausweisung von Naturschutzgebieten mit dem Ziel einer Verdoppelung der Naturschutzflächen fortsetzen. Im Zusammenhang mit dem Schutz des Feuchtgrünlandes wollen wir vor allem neue Wege für eine Kooperation von Landwirtschaft und Naturschutz finden.

Soweit durch Naturschutzmaßnahmen die wirtschaftliche Grundstücksnutzung eingeschränkt werden muß, wollen wir die bisher freiwilligen Ausgleichszahlungen durch eine gesetzliche Regelung absichern.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Damit erkennen wir an, daß unsere Landwirte nicht nur unsere Ernährung sicherstellen, sondern auch noch andere Leistungen für das Gemeinwohl erbringen.

Zur Behebung der Waldschäden werden wir die eingeleiteten Maßnahmen zur Pflege, Schadensbeseitigung, Kalkdüngung und Wiederaufforstung unserer Wälder fortführen. Die Landesregierung begrüßt es, daß die Förderungsmaßnahmen zur Einführung schadstoffarmer Kraftfahrzeuge von den Autofahrern immer stärker angenommen werden.

In der Luftreinhaltung wird die Landesregierung ihren erfolgreichen Weg fortsetzen, die Schadstoffe an der Quelle zu bekämpfen. Entscheidend für rasche Erfolge ist dabei die Sanierung der Altanlagen. Die gesetzlichen Regelungen für eine wirksame Emissionsminderung bei Kraftwerken und Industrieanlagen sind geschaffen. Hauptaufgabe ist nun der Vollzug.

Neben den direkten Schadstoffminderungsmaßnahmen an der Quelle werden wir auch die großräumige Immissionsüberwachung durch den Ausbau des Lufthygienischen Überwachungssystems weiterentwickeln. In diesem Zusammenhang ist beabsichtigt, das landesweite Meßsystem für Radioaktivität noch zu verbessern.

Im Rahmen der Wasserwirtschaft setzen wir uns weiterhin mit Nachdruck für die Sicherung einer ausreichenden und einwandfreien Trinkwasserversorgung ein. Eine Überprüfung des Generalplans Wasserversorgung soll feststellen, ob die Anteile von Grundwasser und Oberflächenwasser an der Wasserversorgung geändert werden können oder müssen und welche Konsequenzen sich daraus ergeben. Im Zusammenhang mit der Überprüfung des Generalplans Wasserversorgung soll auch untersucht werden, ob dezentrale Wasserversorgungssysteme mit einer Absicherung durch Verbundsysteme Vorteile bieten.

(Beifall bei der FDP.)

Außerdem sollen die Möglichkeiten einer größeren Einsparung im Wasserverbrauch geprüft werden. Vor Ablauf dieser Prüfungen sollen keine weiteren Baumaßnahmen an Talsperren vorgenommen werden.

(Beifall bei der FDP.)

Die Sicherung der Wasserversorgung verlangt nachhaltige Maßnahmen insbesondere zum Schutz des Grundwassers und zur Verbesserung der Qualität der Oberflächengewässer. Die Verminderung der Nitratbelastung, der weitere Ausbau der Kläranlagen und noch weiter gehende Reinigungsmaßnahmen sind deshalb Schwerpunkte unserer Politik.

Flankierend zur Einrichtung des Nationalparks Wattenmeer messen wir dem Schutz der Nordsee besondere Bedeutung bei. Wir werden uns für die weitere Verminderung aller Belastungen einsetzen. Die Dünnsäureverklappung soll spätestens bis 1988 eingestellt werden, und die Vorsorgemaßnahmen gegen Ölverschmutzungen im Wattenmeer und auf See sollen noch weiter verstärkt werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Auf dem Gebiet der Abfallentsorgung muß das Schwergewicht in Zukunft noch stärker bei der Abfallvermeidung und -verwertung liegen. Hierzu werden wir ein Abfallwirtschaftsprogramm vorlegen. Bei der Sonderabfallentsorgung werden wir konsequent die Zielsetzung des Rahmenplans Sonderabfallbeseitigung Niedersachsen

verfolgen und vor allem eine artspezifische Entsorgung vorantreiben.

Besonderer Anstrengungen bedarf die Sanierung von Altlasten. Ein umfassendes Erkundungsprogramm, an das sich eine Gefährdungsabschätzung anschließen wird, ist bereits eingeleitet worden.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Mensch steht im Mittelpunkt unserer Politik. Wenn diese Politik für den Menschen Erfolg haben soll, dann setzt dies zugleich auch voraus, daß die Bürger zu eben diesem Staat Vertrauen haben, sich mit ihm identifizieren können und dies auch tatsächlich tun. Der Staat darf dem Bürger nicht nur als eine mit Macht ausgestattete Institution entgegentreten. Er muß deutlich machen, daß er durch Bürger dieses Landes für die Bürger dieses Landes handelt. Wenn allerdings einzelne Gruppen glauben, sie dürften eigene Auffassungen und Ziele gewaltsam durchsetzen, dann ist der Staat nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, die Durchsetzung von Recht und Gesetz sicherzustellen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Wir alle wissen, daß die Polizei in diesem Zusammenhang eine große und nicht leichte Verantwortung trägt. Ihr Einsatz ist häufig mit unmittelbaren Gefahren für Leben und Gesundheit unserer Beamten verbunden. Wir werden deshalb alles tun, um der Polizei die Erfüllung ihres Auftrages zu erleichtern und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Viele Bürger klagen über Verdruß mit der Verwaltung. Wenn ich einmal von den Fällen ungeschickten und schwerfälligen Handelns absehe, ist dies auch eine Folge des Übermaßes an Vorschriften. CDU und FDP werden deshalb ihre Bemühungen um Rechts- und Verwaltungsvereinfachung energisch fortsetzen. Um mehr Entscheidungsfreiheit für alle zu gewinnen, sollte nur das in Gesetzen und Verordnungen geteilt werden, was unbedingt regelungsbedürftig ist. Insofern ist auch der Landtag — wenn ich mir diese Bemerkung erlauben darf — zur Selbstbeschränkung aufgerufen.

(Zustimmung von Hildebrandt [FDP].)

Die Landesregierung wird eine Überprüfung der Gemeindegebietsreform von 1972 in bestimmten Fällen veranlassen mit dem Ziel, gegebenenfalls durch Korrekturen zu einer größeren Befriedigung in dem jeweiligen Gesamttraum zu kommen.

(Beifall bei der FDP.)

Dr. Albrecht

Es wird eine wichtige Aufgabe der Rechtspolitik sein, das Vertrauen zu bestärken, daß der freiheitliche demokratische Rechtsstaat die Sicherheit freier Bürger gewährleisten kann und dies auch tut. Die Abwehr von Gewaltanwendung, die Verbrechensbekämpfung und der Schutz unserer verfassungsmäßigen Grundordnung bedürfen ausreichender und möglichst klarer Rechtsgrundlagen, die damit zugleich die freie persönliche Entfaltung und die Selbstbestimmung des einzelnen innerhalb der Gemeinschaft in ihren Schutz nehmen.

Die CDU/FDP-Koalition hat die Absicht, das Polizeigesetz sowie verfassungsschutzrechtliche und datenschutzrechtliche Bestimmungen zu novellieren bzw. an deren Novellierung durch den Bund mitzuwirken. Wir werden uns dabei von dem Grundsatz leiten lassen, daß der einzelne Bürger in seinen Persönlichkeitsrechten nur tangiert werden darf, wenn dies im überwiegenden Interesse der Allgemeinheit erforderlich ist. Soweit in diesem Zusammenhang Daten erhoben werden müssen, ist sicherzustellen, daß sie nur für den gesetzlich vorgesehenen Zweck Verwendung finden können.

(Zustimmung bei der FDP.)

In diesem Zusammenhang haben sich die Koalitionspartner darauf verständigt, daß der Datenschutzbeauftragte künftig vom Parlament auf Zeit gewählt werden und der Dienstaufsicht des Innenministers unterstehen soll.

(Beifall bei der FDP.)

Das Land Niedersachsen wird keine Initiative ergreifen, Artikel 16 des Grundgesetzes mit dem Ziel eines Gesetzesvorbehalts zu ändern. Eine Verkürzung der Verfahrensdauer bei Asylverfahren ist jedoch Anliegen der Koalition. Die Bestellung eines Ausländerbeauftragten soll dazu dienen, die Fragen unserer ausländischen Mitbürger besser zu lösen.

(Beifall bei der FDP.)

Im Hinblick auf die raschen Entwicklungen in der Humangenetik steht die Rechtspolitik vor wichtigen Aufgaben. Eingedenk der zentralen Forderung des Grundgesetzes, Leben und Würde der Person zu wahren, haben wir die Chancen und Risiken der neuen Reproduktions- und Gentechnologie in sachlicher Diskussion sorgfältig abzuwägen. Die CDU/FDP-Koalition wird die baldige Verwirklichung der Gesetzesvorhaben fördern, die notwendig sind, um das extrakorporal erzeugte menschliche Leben wirksam zu schützen, einen Mißbrauch der Techniken der Fort-

pflanzungsmedizin zu verhindern und Gefährdungen der Persönlichkeitssphäre zu beugen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Wir werden weiter darauf achten, daß die Rechtspflege fähig bleibt, trotz intensiver Inanspruchnahme ihre Aufgaben in angemessener Zeit zu erfüllen. In erster Linie geht es darum, mit den vorhandenen Kräften rationeller und effizienter zu arbeiten. Die Landesregierung wird aber auch Bemühungen um weitere verfahrensrechtliche Erleichterungen unterstützen und Möglichkeiten der vorgerichtlichen Streiterledigung fördern. Im Mittelpunkt des Dienstes am Recht stehen der einzelne rechtsuchende Bürger und sein Anspruch auf wirksamen Rechtsschutz.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Besondere Aufmerksamkeit wird die Landesregierung weiterhin dem Strafvollzug, vor allem der Wiedereingliederung der Gefangenen in das Arbeitsleben und ihrer Förderung durch schulische und berufliche Fortbildungsmaßnahmen, widmen. Mit dem fast fertiggestellten Ausbildungszentrum bei der Justizvollzugsanstalt Hannover steht dafür eine bundesweit vorbildliche Einrichtung zur Verfügung. Die früher oftmals drückende Haftraumnot wird Anfang 1987 mit der Inbetriebnahme der neuen Justizvollzugsanstalt Uelzen der Vergangenheit angehören.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch einige Schlußbemerkungen machen.

Die CDU/FDP-Koalition bekennt sich zu ihrer deutschlandpolitischen Verpflichtung und zu dem unveräußerlichen Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP sowie Zustimmung von Wernstedt [SPD].)

Niedersachsen hat die längste Grenze aller Bundesländer zur DDR. Wir haben deshalb ein besonderes Interesse daran, daß die verschiedenen Abkommen mit Leben erfüllt und zusätzliche Möglichkeiten zu Begegnungen der Menschen in Ost und West geschaffen werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Das Bekenntnis zu dem Recht auf Selbstbestimmung steht für uns nicht im Widerspruch zu einem Bekenntnis zur europäischen Einigung. Die Landesregierung wird vielmehr noch entschiedener als bisher alle Möglichkeiten nutzen, um auf die europäische Politik Einfluß zu nehmen und die eigenen Interessen zur Geltung zu bringen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! CDU und FDP sind entschlossen, die Koalitionsvereinbarung und dieses Programm durchzuführen. Wir werden den Beweis erbringen, daß wir zu jeder Zeit in der Lage sind, gemeinsam zu handeln.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Wernstedt [SPD]: Pfeifen im Walde!)

Zur Stunde deutet nichts darauf hin, daß die SPD-Fraktion unter ihrer neuen Führung bereit wäre, wenigstens auf Teilgebieten mit der Regierung kritisch, aber konstruktiv zusammenzuarbeiten, wie das in der Vergangenheit immer wieder möglich war. Dennoch will ich für die Regierung sagen, daß wir für einen solchen Versuch offen sind.

(Frau Schreiner [Grüne]: Rührend!)

Parteien sind wichtig, aber das Wohl der Bürger unseres Landes ist wichtiger! — Ich danke Ihnen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke, Herr Ministerpräsident. — Wir sind damit am Ende dieses Tagesordnungspunktes.

Ich habe noch ein Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten bekanntzugeben, das folgenden Inhalt hat:

„Gemäß Artikel 20 Abs. 2 Satz 2 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung habe ich Herrn Minister Wilfried Hasselmann zu meinem Stellvertreter ernannt.“

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich beglückwünsche Herrn Minister Hasselmann zu seiner Ernennung zum stellvertretenden Ministerpräsidenten.

Meine Damen und Herren! Morgen früh wird der Ältestenrat tagen. Wir werden danach die Plenarsitzung um 10.15 Uhr mit der Mitteilung über die Zusammensetzung des Ältestenrates beginnen und dann mit der Aussprache über die Regierungserklärung fortsetzen.

Zum voraussichtlichen zeitlichen Ablauf: Wir haben heute morgen zusätzliche Punkte auf die Tagesordnung gesetzt. Wir werden deshalb mit Sicherheit bis in den frühen Nachmittag, wahrscheinlich sogar mit einer Mittagspause, tagen müssen.

Die für die morgige Debatte über die Regierungserklärung vorgesehenen Redner weise ich darauf hin, daß dem Ältestenrat morgen früh ein Vorschlag zur Beschlußfassung vorliegen wird, der von einer Debatte von drei Stunden ausgeht. Darüber wird der Ältestenrat zu beschließen haben. Ich kündige das nur an. Das würde nach der üblichen Aufteilung bedeuten: je 60 Minuten Redezeit für die CDU- und für die SPD-Fraktion und je 30 Minuten für die Fraktion der Grünen und für die Fraktion der FDP mit der Möglichkeit einer gewissen zusätzlichen Redezeit, wenn ein Mitglied der Landesregierung in die Debatte eingreift. Ich teile das schon mit, damit sich die Beteiligten für den Fall einer entsprechenden Beschlußfassung im Ältestenrat darauf einrichten können. Die Sitzung wird also wahrscheinlich bis morgen nachmittag dauern.

Die heutige erste Sitzung der 11. Wahlperiode ist damit beendet.

Schluß der Sitzung: 16.21 Uhr.